

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteur:
„Recur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 19.

Sonnabend, den 12. Mai 1888.

II. Jahrgang.

Die Gefährdung des Asylrechtes. — Die Reichs-Alters- und Invalidenversicherung. — Wir wollen nicht. — Ausweisungsbefugnisse in Deutschland und Oesterreich. — Aus der guten Gesellschaft. — Uebervölkerung und Arbeitslosigkeit in der neuen Welt. — Die Berliner Maurerbewegung seit dem Streik-erlass. I. — Die Geschäftsordnung und die Thätigkeit im Reichstage. 2: Aus den Kommissionen.

Novelle von Otto-Walster. — Morderei und Sozialdemokratie. — Die Arbeiterbewegung und die materialistische Geschichtsauffassung. VI. — Die gewerblichen Schiedsgerichte in der Schweiz.

Der Kampf gegen das Asylrecht.

Die Reaktion hat neuerdings Erfolge errungen, die man noch im vorigen Jahrzehnt einfach für unglücklich und unmöglich gehalten haben würde. Und diese Erfolge haben die brennende Eier nach immer neuen Opfern an Volksrechten nicht gestillt; der Appetit ist mit dem Essen ständig gewachsen und Fortschritte werden heute von der Reaktion in Frage gestellt, auf die alle Kulturländer der einst stolz waren und die für alle Ewigkeit festgewurzelt schienen.

Das neueste, wogegen unsere Reptilien auf Ordre von oben ankämpfen, ist das Asylrecht, das Recht eines politisch Verfolgten, sein Haupt wenigstens in einem fremden Gemeinwesen niederlegen zu dürfen, wenn er die Geseze dieses Landes achtet.

Die Schweiz hat in den letzten Wochen durch die Ausweisungen der Genossen Bernstein, Motteler, Tauscher und Schlüter bewiesen, daß in einzelnen Fällen das Asylrecht allerdings dem Druck von außen auch heute schon nicht zu widerstehen vermag und zusammenbricht.

Die Reaktion vermag aber auch radikal zu sein, und sie fordert nunmehr eine allgemeine Revision der bisherigen Grundlagen „der gegenseitigen völkerrechtlichen Achtung.“ Die in geordneten politischen Beziehungen zu einander lebenden Staaten schulden sich gegenseitig, daß kein Staat Angehörige eines anderen schützen dürfe, deren Bestreben unablässig auf „Vernichtung“ eben dieses Staates gerichtet sei. Aus diesen Erwägungen wird die auf Verlangen Deutschlands erfolgte Ausweisung der vier Hauptleiter des „Sozialdemokrat“ für völlig gerechtfertigt erklärt und die Hoffnung daran geknüpft, daß sich weitere Folgen und entsprechende Vereinbarungen der Kulturstaaten an diesen Fall knüpfen würden.

Die Zeit zu solchen Vereinbarungen scheint uns augenblicklich gar nicht so ungünstig. Italien und Oesterreich sind schon aus Gründen der äußeren Politik seit langem zu jedem Handlangerdienst bereit. Belgien hat durch die Auslieferung Nedez, durch seine gastfreundliche Beherbergung zahlreicher preussischer Polizeienten bewiesen, daß es zu allem fähig ist, um sich die zweifellos bestehende politische Bundesbruderschaft Deutschlands nicht zu verschmerzen. Die Schweiz hat die schiefe Ebene soeben betreten und es ist ja nur der erste Schritt, der Bedenken erregt. Die Vereinigten Staaten haben durch ihren Auslieferungsvertrag mit Rußland bereits soviel gethan, als die internationale Reaktion augenblicklich verlangen dürfte und die verschiedenen Einwanderungsbills der amerikanischen „Volksvertreter“ haben wenigstens das eine Gute, daß sie die Stimmung der Bourgeoisie gegen Sozialdemokraten und Anarchisten verrathen.

In England herrscht im Innern eine Politik, die gern mit Zwangsmaßnahmen gegen große Volksbewegungen vorgeht, gegen auffällige Pächter sowohl wie gegen demonstrierende Arbeiter und „Radikale.“ Herr Balfour, der brutale Bergewaltiger des irischen Volkes und seiner Führer, hatte erst neulich die Ehre, von dem Kanzlerblatt an leitender Stelle als hervorragender Staatsmann gewürdigt zu werden, der muthig mit allen Vorurtheilen gebrochen habe und dem zuzutrauen sei, daß er es auch weiter thun werde. Sollten die Hoffnungen damals schon

so bestimmter Art gewesen sein, wie sie heute aus der „Nordd. Allg. Ztg.“, dem „Hamb. Corresp.“ und ähnlichen offiziellen Sammelgruben offen zum Himmel entporstinken?

Nun, wir werden die Entwicklung in Ruhe abwarten, aber wir huldigen auch hier dem weitestgehenden Pessimismus, der nichts Schlimmes für geradezu unmöglich hält. Ja, wir halten es sogar bei der wachsenden Verschlingungheit der internationalen Beziehungen, bei dem stetig zunehmenden Solidaritätsgefühl, welches die Bourgeoisie aller Länder mehr und mehr verbindet, bei dem wachsenden Interesse, das der Bourgeois des einen Landes als Aktien- und Staatspapierbesitzer auch an der „Ruhe“ und dem „Gedeihen“ des anderen Landes gewonnen hat, für durchaus wahrscheinlich, daß sich „ein erheblicher Wechsel in der Anschauung über das Asylrecht“ noch vollziehen werde — vorerst, solange die Bourgeoisie herrscht, nicht zum Besseren, sondern zum Schlimmeren. Der englische Kapitalist besitzt Spinnereien und Webereien und andere Etablissements in Deutschland — hat er Grund, deutsche Ausgewiesene willkommen zu heißen, die ihm die deutsche Arbeiterbevölkerung weiter zu selbstbewusster Haltung „aufwiegeln“; hat er von den unbequemen Einwanderern nicht auch in England selbst eine Stärkung der unangenehmen sozialistischen Bewegung zu erwarten? Und gegen dieses mehr und mehr gefährdete Geldbesitzinteresse sollten schöne liberale Ideen, wie die von der Heiligkeit des Asylrechtes, lange Stand halten können? Wir bezweifeln das, nachdem wir so oft beobachtet haben, daß nur das Recht des Besitzes auf Ausbeutung heilig und unverletzlich ist.

In unserer Zeit erscheint nun einmal jeder Fortschritt zunächst zu einem Rückschritt verzerrt. Wie die wachsende Arbeitersparung durch technische Fortschritte zu einer stetig wachsenden Arbeitslosigkeit und Arbeitsüberlastung der Masse führt, so wird die zunehmende Internationalität des wirtschaftlich-politischen Lebens vielleicht zunächst zu einem Anschwellen der internationalen Reaktion führen. Das verstärkte Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Völkern wird sich möglicherweise unter der Bourgeoisieherrschschaft zunächst gegen die Vertreter des Volkes geltend machen — und man möchte fast dem Himmel danken, daß es noch nationale Gegensätze giebt, damit der deutsche Flüchtling sein geächtetes Haupt am Ende wenigstens noch in — russisch Sibirien frei bergen kann.

Die „Reichsrente.“

„Dreifach ist der Schritt der Zeit“, sagte Schiller. Wenn er heute lebte, würde er auch Gelegenheit haben, über die Verschiedenartigkeit des Ganges der Reichsgesetzgebung zu philosophiren.

Wie Minerva mit voller militärischer Ausrüstung dem Haupte Jupiters entsprang, so springen neue Militärgesetze aus dem Haupte Bismarcks; eine große Rede wird gehalten, der Reichstag liegt platt auf dem Bauche und Alles ist bereit.

Langsam aber sicher schreitet die Zollgesetzgebung ihrem Ziele, den Monopolen, zu.

Merkwürdig still bleibt es dagegen von der wirklichen Einführung der so lange schon versprochenen Alters- und Invalidengesetzgebung.

Es hatte lange gedauert, ehe die sogenannten Grundzüge derselben das Licht der Welt erblickten. Was sie enthielten, wirkte verblüffend durch seine Geringsfügigkeit. Niemand konnte sich dafür begeistern, am wenigsten die Arbeiter, welche zeitlebens Beiträge zahlen und dafür im 70. Jahre, das die Wenigsten erreichen, pro Tag 33 Pfg. erhalten sollen.

Die „Grundzüge“ gingen mit Protest zurück. Zahlreiche Versammlungen, in denen sie von Arbeitern besprochen werden sollten, wurden verboten, zahlreiche Resolutionen kamen trotz dem aus Arbeiterkreisen gegen das Gesetz; keine einzige Arbeiterstimme erhob sich dafür.

Nach diesem Fiasko der „Grundzüge“ hieß es, dieselben seien ganz wesentlich abgeändert worden und nun zur ersten gesetzgeberischen Behandlung endlich an den Bundesrath gelangt.

Seitdem ist es wieder stille über den Gewässern. Was die Abänderungen gebracht haben oder bringen sollen, erfährt man nicht. Es wird nur offiziös geschrieben, erst nach Beendigung der ersten Lesung im Bundesrathe wolle man den abgeänderten Entwurf wieder veröffentlichen.

Was diese bürokratische Verheimlichung für einen Werth haben soll, ist nicht zu begreifen. Das Volk selbst sowie die Sozialpolitiker außerhalb der gesetzgeberischen Kreise haben ein Urtheil über diese Angelegenheit, aus welchem die Herren Geheimräthe im Bundesrathe sicher Manches lernen könnten. Es wäre also gewiß nicht überflüssig gewesen, dieses Urtheil der Öffentlichkeit erst einzuholen, bevor man Paragrafen schmiedet, welche dann mit der Autorität einer Regierungsvorlage an das Parlament gelangen und deshalb bei unserm jetzigen, durch die Unterthänigkeit seiner Majorität bekannten Reichstage eine weniger scharfe und gründliche Kritik erfahren, als nöthig wäre.

Ohne die Abänderungen des Entwurfs zu kennen, führen wir angesichts der Berathung desselben im Bundesrath nochmals die hauptsächlichsten Punkte an, welche es dem Arbeiter unmöglich machen, in dieser Altersversorgung eine Wohlthat zu erblicken.

Es ist dies zunächst die Hinausschiebung der Altersversorgungsgrenze auf das 70. Lebensjahr. Wir haben schon früher auf Grund des vorhandenen, leider sehr mangelhaften statistischen Materials nachgewiesen, daß das höchste Durchschnittsalter der Arbeiter sich zwischen 40 bis etwa 55 Jahren bewegt und die Erreichung des 70. Lebensjahres schon zu den Ausnahmefällen gehört. Ein Gesetz, das nur Ausnahmefälle trifft, ist nicht von sozialreformerischem Werthe für die gesammte Arbeiterklasse. Eine bedeutende Herabsetzung der Altersversorgungsgrenze, mindestens auf das 60. Lebensjahr, wäre also die erste unumgängliche Abänderung des ursprünglichen Entwurfs.

Weiter ist einstimmig konstatiert worden, daß mit einer Rente von 120 Mark per Jahr bei den heutigen Lebensmittelpreisen Niemand existiren kann. Dieselbe würde höchstens als Beitrag zur Armen-Unterstützung, nicht aber als Versorgungsrente in Betracht kommen. Die Rente wird unbedingt vergrößert werden müssen, um in bescheidener Weise den angegebenen Zweck erfüllen zu können.

Dies trifft in noch stärkerem Maße für die Invalidenrente zu, welche bei Personen, die ganz oder theilweise erwerbsunfähig sind, unter gewissen Voraussetzungen schon vor Eintritt der festgesetzten Altersgrenze gezahlt werden soll. Wenn, wie der erste Entwurf aufstellte, der Nebenverdienst eines in seinem Berufe arbeitsunfähigen Invaliden mit angerechnet wird und er die Rente erst erhält, wenn er auf keine Weise im Stande ist, 120 M. jährlich zu verdienen, so werden ihn, der vielleicht obendrein Familie zu ernähren hat, die 120 Mark nicht mehr zu retten vermögen.

Endlich hat sich die deutsche Arbeiterschaft einmüthig gegen das in Aussicht genommene Quittungsbuch erhoben. Dieses Quittungsbuch kann Leuten, die das Arbeiterleben nicht kennen, als eine unwesentliche Zuthat erscheinen, aber die Arbeiter sind durch Erfahrungen gewöhnt, sie haben sozusagen eine gute Nase und wissen, wo ihnen eine neue Fessel angelegt werden könnte. Das Quittungsbuch ist das verkappte Arbeitsbuch, und während das ganze übrige Gesetz den Arbeitern im schlimmsten Falle nichts nützt, so haben sie hier einen Punkt, wo ihnen positiv geschadet würde.

Deshalb die zahlreichen Petitionen, in denen die Arbeiter aussprechen, daß sie auf alle „Wohlthaten“ des Gesetzes verzichten, wenn sie dafür das Quittungsbuch in Kauf nehmen müßten.

Die Stimmen sollte der Bundesrath hören und sammt den übrigen hier nur oberflächlich ange deuteten hauptsächlichsten Einwendungen bei Feststellung der Regierungsvorlage beachten. Thut er es nicht, dann wäre es klüger, er beschäftige sich überhaupt nicht mit Arbeiter-Angelegenheiten, denn er wird dann doch nichts Ordentliches fertig bringen.
(Recht auf Arbeit.)

„Wir wollen nicht!“

So lautete stets der Ausspruch der Machthaber aller Zeiten, wenn eine neue Idee mit dem gewaltigen Hammer der Wahrheit an die Thüren der Paläste ungestüm pochte. „Wir haben die Macht in Händen und scheeren uns den Teufel um eure Deklamationen von Recht und Gerechtigkeit, von Menschenrechten und Gleichheit. Ihr wollt die alte schöne „Ordnung“ umstoßen. Wir haben aber die Macht und mit dieser Macht werden wir Euch vernichten.“

Trotzdem die Mächtigen stets bei diesem Ausspruch beharrten, haben sich die Verhältnisse dennoch von Schritt zu Schritt geändert. Sie vermochten also nicht mit ihrem „Wir wollen nicht“ die Entwicklung aufzuhalten. Das „Wir wollen“ Derer, welche den Geist der neueren Zeit erfaßt hatten, war mächtiger als das „Wir wollen nicht“ der Reaktionen, trotzdem letztere immer die Macht und die Mittel der Gegenwart in Händen hatten, wohingegen erstere mittellos waren. Also die Macht der Idee, welche sich dem Entwicklungsgange des Menschengeschlechtes anpaßt, ist mächtiger als alle Machtmittel der Reaktionen.

Die Fürsten und der Adel setzten der bürgerlichen Gesellschaft, als diese als dritter Stand die Herrschaft anzutreten sich berechtigt fühlte, ihr „Wir wollen nicht“ entgegen, wodurch eine friedliche Umwälzung unmöglich wurde. Aber die Herrschaft des Adels und des fürstlichen Absolutismus wurde gebrochen, trotz all der Machtmittel, welche sie besaßen. Die Herrschaft ist ihnen entrissen und befindet sich thatsächlich in den Händen der Geldaristokratie. Die unbedingte Macht der Monarchie ist gebrochen, in den gesetzgebenden Körperschaften herrscht ebensowenig die Krone wie das allgemeine Volk, sondern der Geldsack.

Hat nun dieser dritte Stand, haben die jetzt regierenden Selbstfürsten, ganz vergessen, mit welchen Mitteln sie sich Geltung verschafften? Haben die Herren von der Bourgeoisie schon vergessen, daß sie sich durch das „Wir wollen nicht“ der Fürsten und des Adels, nicht abhalten ließen, und daß sie, da ihnen der friedliche Weg abgeschnitten wurde, gewaltsam, ohne Erbarmen vorgingen und ihr Ziel erreichten? Niemand wird ihnen daraus einen Vorwurf machen, die Zeit des Adels war erfüllt. Die Entwicklung der Gesellschaft forderte neue Formen und der Zeitgeist brach sich Bahn, und die, welche sich ihm entgegen stemmten, wurden zermalmt.

Nahzu 100 Jahre herrscht jetzt die bürgerliche Gesellschaft, der dritte Stand. Unter seiner Herrschaft sind Wunderwerke entstanden, gewaltige Erfindungen und Entdeckungen gemacht worden. Unermessliche Schätze sind gehoben worden, ebenso unermessliche Kräfte sind in den Dienst der Menschheit gespannt. Die Industrie ist so organisiert und entwickelt, daß Ansummen von Produkten erzeugt werden können unter Verwendung von verhältnismäßig nur wenig menschlicher Arbeitskraft, gewiß ein für die Menschheit günstiges Faktum.

Aber der Uebelstand ist hiermit entstanden, daß die Verteilung der Güter in ungerechtester Weise geschieht. Der dritte Stand hat die gesammten Produktionsmittel in Besitz genommen und versklavt mit diesem Besitz den vierten Stand, die Arbeiter. Dieser vierte Stand nun ist endlich im Erwachen; er fühlt genau so, wie weiland der dritte Stand fühlte. Die Zeit der Bourgeoisie ist erfüllt; die Entwicklung der Gesellschaft fordert vollkommene Formen und der Zeitgeist pocht wiederum mit gewaltigem Hammer an die Thüren der Machthaber. Und diese sind diesem Pochen gegenüber ebenso taub wie ehemals der Adel. Auch sie antworten mit einem „Wir wollen nicht“.

Der Arbeiterstand, also das produzierende Volk, versucht alles mögliche, um friedlich die Aenderung eintreten zu lassen. Der Arbeiterstand allein hat aber über den Gang der Entwicklung nicht zu bestimmen. Von den oberen Zehntausend wird daher die Zukunft abhängen.

Ausweisungen.

O In Oesterreich wie in Preußen besteht ein Gesetz, wonach eine jede irgendwie einmal bestrafte Person von der Polizei ausgewiesen werden kann, aber mit dem Unterschiede: in Oesterreich kann sie aus ihrer Heimatsgemeinde und aus keiner Gemeinde ausgewiesen werden, in welche sie neu anzieht. In Preußen kann sie umgekehrt aus der Heimatsgemeinde nicht, aber aus jeder Gemeinde, in die sie neu anzieht, ausgewiesen werden. Die österreichische Bestimmung ist die vernünftiger, sie giebt der Polizei das immer noch vernünftig scheinende Recht, eine bestrafte Person aus dem Kreise zu entfernen, in welchem sie ihre „verbotene“ Thätigkeit leicht immer wieder aufnehmen kann, wo sie den Bekanntenkreis und die Ortskenntnis besitzt, die zum Ausüben vieler verbotener Handlungen (z. B. Wucher, Rupperei) durchaus erforderlich ist. In Preußen verhindert man im Gegentheil den Bestraften, seinen Bekanntenkreis zu verlassen, da man ihn überall da ausweisen kann, wohin er sich sonst wenden wollte.

Als die Frage dieser Ausweisungsbefugnis in Folge einer Petition des Maurer Schoch und Genossen am 19. April 1887 im preussischen Landtage verhandelt wurde (Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1842), zeigte sich, daß der konservative Herr v. Rauchhaupt, der gegen die Abänderung des Gesetzes sprach, sich gar nicht die Mühe genommen hatte, dasselbe anzusehen. Er sagte: „Meine Herren, es handelt sich eben bei Ausführung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen darum, einen Verbrecher aus den Wurzeln, aus den Heimstätten, in denen er sein Verbrechen verübt, herauszureißen,

womöglich für immer, damit er nicht dort wieder sein Wesen treiben kann.“ (S. Sten. Ber. der XXVI. Sitz. S. 781.) Dies ist, wie gesagt, grundfalsch für Preußen, das Gesetz vom 31. Dezember 1842 bezieht sich nur auf „neu anziehende Personen“, es wirkt das Gegenteil von dem, was Herr v. Rauchhaupt ihm nachrühmte. Es ist damit durchaus nicht gesagt, daß Herr v. Rauchhaupt, wenn er sich zufällig das Gesetz, über das er sprach, auch angesehen hätte, nun für die Schoch'sche Petition gestimmt hätte, er würde dann ohne Zweifel das Gegenteil der Wirkung des Gesetzes ebenso nützlich und notwendig gefunden haben, denn die Regierung hatte vorher erklären lassen, daß die Polizeibehörde desselben zur Erfüllung derjenigen Aufgaben bedarf, welche ihr auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestellt sind. Eine solche beweisliche Behauptung gilt aber den konservativen und nationalliberalen Abgeordneten immer als vollgültiger altentworfener Beweis.

In Preußen beruht bekanntlich die Hege gegen den Regierungsbaumeister Kehler und mehrere andere Personen auf der Anwendung dieses Gesetzes. In Oesterreich hat eine Behörde das dortige Gesetz in ähnlicher Art in Anwendung bringen wollen und eine neu anziehende Person, die aus ihrem Heimatsorte ausgewiesen war, weiter ausgewiesen. Auf eingelegten Rekours hat das Ministerium, das Oesterreichische, entschieden, daß diese zweite Ausweisung aufzuheben ist, indem es zugleich das Prinzip aufstellte, daß die Ausweisung aus einem Gemeindegebiete wegen bescholtenen Lebenswandels nur dann verfügt werden kann, wenn die Unbescholtenheit während des Aufenthaltes in der betreffenden Gemeinde verwirkt wurde. Denn wenn jede Gemeinde einen aus einer andern Gemeinde Ausgewiesenen neuerlich ohne besondere Veranlassung ausweisen könnte, so würden solche Personen, selbst wenn sie sich einmal nur ein geringfügiges Vergehen zu Schulden kommen ließen, für immer in Oesterreich heimathlos herumirren.“

Was die Oesterreicher doch noch in der Kultur zurück sind! Das ist ja eben was man erreichen will, das ist ja die Befugnis, die die preussische viel fortgeschrittenere Regierung weder einschränken noch modifizieren lassen kann. So diese flotte, frische Menschenhaß, das ist erst das Wahre, die Macht es der Polizei erst möglich, ihre Aufgaben zu erfüllen. Nur leider dann nicht, wenn der „Verbrecher“ zu Hause bleibt. Dafür ist aber das Sozialistengesetz da, vermittels dessen man ihn unter Umständen doch aus der Heimath vertreiben kann, dann kann die lustige Haß weiter gehen, durch die Städte, durch die Auen. Hoch lebe das deutsche Vaterland! Wir marschieren doch an der Spitze der Zivilisation, wir sind die große, siegreiche Nation, wir können uns so etwas leisten. Wir weisen aus und in Massen: Priester, Juden, Polen, Dänen, Russen, Oesterreicher, Schweizer, Sozialdemokraten u. s. w., u. s. w. Wir verschonen mit unserer Ausweisung weder den Greis am Rande des Grabes, noch den Mann, noch die Frau, noch das Kind im Säuglingsalter. Zieht hin heimathlos, wem liegt etwas daran. Welche Lust ist das Ausweisen, wie zeugt es von der Größe des „Vaterlandes“!

Aus der guten Gesellschaft.

Ein Herrenhausmitglied in Wien — angesehen, sehr angesehen und anständig, hochanständig natürlich.

Eine pikante kleine Frau; und im Hintergrunde der unvermeidliche Gatte, ein Herr von der Börse.

Das Herrenhausmitglied hat Geld und braucht Schönheit — die kleine Frau hat Schönheit und braucht Geld: die Beiden sind also wie für einander geschaffen und was sie thun, ist das nach den Gesetzen der Oekonomie Natürliche — sie treten in ein Tauschgeschäft, das Beider Bedürfnisse befriedigt.

Nur der Mann im Hintergrunde, der unvermeidliche Gatte! Der Mann wäre kein Bürger, wenn seine Sittlichkeit nicht in wilde Entrüstung darüber gerieth, ob so viel verrathener Heiligkeit. Aber der Mann wäre auch kein Bürger, wenn seine Sittlichkeit nicht ihren Preis hätte, für den sie ihm feil ist. Der Mann will und erhält die Last seiner Hörner mit 20 000 fl. vergütet — wie gesagt, die Geschichte spielt in Wien und kommt anderwärts niemals vor.

Das gefällt ihm. Es gefällt ihm so gut, daß, so oft ihm das Geld wieder ausgeht, seine beleidigte Gattenswürde sich erneut und sein kaum verrauchter Gattenzorn wieder von vorne anfängt. Er verübt eine Erpressung nach der anderen, bis es dem Herrenhausmitglied bei aller verliebten Gemüthlichkeit doch zu dumm wird.

Glücklicherweise haben wir — wir Wiener nämlich — ein Institut für bedrängte Ehrenmänner. Die Polizei nimmt zwar den Erpresser nicht hopp, was nur einen öffentlichen Skandal erregt, den der verspätete Romeo um jeden Preis vermeiden wissen will. Aber die Polizei hat immerhin Mittel und Macht genug, um im Interesse der öffentlichen Moral derlei Affären zu arrangieren. Also, die Polizei arrangirt die heikle Geschichte und die so schwer bedrängte Klasse unseres Amoroso athmet erleichtert auf. Der brave Mann hat aber den wichtigsten Faktor unseres — des Wiener natürlich — öffentlichen Lebens vergessen: unsere — wiederum die Wiener — Journalistik. Die Journalistik nimmt es mit der Wahrheit viel zu genau, als daß sie ein solches Vertuschungssystem zu billigen und zu protegiren vermöchte. Ihr liegt die Wohlfahrt der friedlichen Tugend viel zu

sehr am Herzen, als daß sich entschließen könnte, ihre frevole Verletzung bloß durch Schweigen zu strafen.

Zwei solche journalistische Tugendbolde tragen sich denn der verfolgten Unschuld alsbald als Anwälte an und eines ist wahr, was man nicht immer an unseren Journalisten rühmen kann: die Beiden reden eine deutliche Sprache. Selbst das Herrenhausmitglied versteht sie sofort und fragt zur Antwort eben so deutlich: Wie viel Schweigegeld? Und sie nennen ihre Summe und es sind recht beträchtliche Summen, die sie dem armen reichen Liebhaber entpressen.

Aber wie es schon geht, wenn ein Kolombus die Geschichte mit dem Ei vormacht, so machen es Alle nach. Die Hochburg des Wiener Journalismus, die Konfordia, erfährt davon, und da ist keiner, in dem nicht flammende Entrüstung aufwallte über solche Schmach, der nicht, im Tiefsten getroffen, aufschrie nach öffentlichem Gericht. Dessenliches Gericht wegen der Schweigegelder! Ja, darüber sind alle einig. Es muß einmal ein Exempel statuirt werden. Es muß einmal eine große Reinigung vorgenommen werden, damit nicht länger solcher Schmutz den blanken Ehrenschild der Wiener Presse verroste.

Und nun feucht der bejammenswerthe Herrenhäusler, athemlos, ein schwer mit Gold beladener Esel, durch alle Redaktionen, zu allen den Großmächtigen der siebenten Großmacht, händeringend, um nur ja die empörten Ratonen zu besänftigen, gleich dem Mädchen aus der Fremde, Jedem seine Gabe austheilend.

Soweit ist die Angelegenheit einstweilen gediehen. Wir werden nicht ermangeln, feinerzeit, wenn auch die Presse befriedigt ist, den weiteren Verlauf zu berichten und wessen Ansprüche dann an die Reihe kommen. Vielleicht wird uns dann auch unsere Barmherzigkeit zwingen, — falls nämlich seine Schamhaftigkeit, die die Dessenlichkeit flieht, sich hartnäckig ausdauernd bewähren sollte — für den gänzlich verarmten Millionär eine Sammlung zu eröffnen.

„Uebervölkerung“ und Arbeitslosigkeit

Schießen überall wie Giftpilze empor, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem seinen Sitz aufschlägt. Arbeitslose giebt es heute nicht mehr allein in Europa; der amerikanische Kontinent hat sie schon lange, zum Theil im furchtbarsten Maße; auch der jüngste Erdtheil, Australien, wird davon heimgesucht. Erst neulich, nach der Feier des hundertjährigen Bestehens der Colonie Neu-Süd-Wales, lasen wir wieder in bürgerlichen Blättern, daß die Regierung in der Hauptstadt Sidney an bedürftige Familien Anweisungen auf Colonialwaaren, Fleisch, Butter und Brot, Milch und Käse habe verteilen lassen. „Zwei volle Tage, vom frühen Morgen bis Nachts 11 Uhr, war die Ausgabe-stelle mit Verabreichung der Rationen volllauf beschäftigt, sogar die Straße mußte abgesperrt werden, denn es fanden sich — in der zweitgrößten Stadt des Goldlandes Australien — nicht weniger als elf Tausend mittellose Menschen ein!“

Es wäre schade, diese Mittheilung ohne Erläuterung vorübergehen zu lassen.

Die Stadt Sidney in Neu-Süd-Wales hat nach dem neuesten Ausweis 187,000 Einwohner. Von diesen haben sich elftausend als „Paupers“, als Arme bekannt und da wohl anzunehmen ist, daß sie nicht alle ihre Kinder mitgebracht haben, so kann die Pauper-Bevölkerung dieser Stadt wohl auf zehn Prozent der gesammten Einwohnerchaft veranschlagt werden.

Man bedenke, was das heißen will: unter zehn Menschen einer, der öffentliche Unterstützung in Anspruch nimmt!

Da ziehen sie fort, die Gedrückten aller Erdtheile, in der Hoffnung, in einem anderen Welttheil, wo die Bevölkerung noch so dünn und die natürlichen Hilfsmittel kaum erschlossen, geschweige denn gar erschöpft sind, eine auskömmliche Existenz zu finden. Und die Auswanderer gehören doch im Allgemeinen zu den energischen Naturen, die vor Hindernissen nicht so leicht zurückschrecken. Schon die Thatsache, daß sie sich entschlossen von der gewohnten Umgebung loszureißen, um einem ungewissen Schicksal entgegen zu gehen, bezeugt dies. Sie betreten einen fernen Welttheil mit dem Willen, sich sogleich nützlich zu machen und ihr Brot durch ehrliche Arbeit zu erwerben. Und was finden sie? Das Gespenst der Arbeitslosigkeit starrt ihnen schon bei der Landung entgegen.

Das ist das Resultat der Kolonisation in der kapitalistischen Ära.

Die Kolonien von Australien haben bei einem Flächenraum von über drei Millionen englischen Quadratmeilen eine Bevölkerung von nur ebensoviele Menschen, also bloß ein menschliches Individuum auf eine Quadrat-Meile. Von Ueberfüllung kann also gar keine Rede sein. Und dabei sollen sich auf einem einzigen Fleck elftausend Almosenempfänger befinden?

Wie geht das zu? Sehr einfach. Man braucht bloß den Arbeiter von den Produktionsmitteln, namentlich vom Lande, zu trennen und das Geheimnis ist gelöst.

Europa stößt fortwährend künstlich überflüssig gewordene Menschen ab. Der ausbeutende Kapitalismus will sich dieselben aber nicht entgehen lassen. Er wandert gleichfalls aus, entweder mit Sach und Pack oder durch die Exportation von Kapital. Allein der Arbeiter würde es im neuen Lande vorziehen, auf eigene Rechnung zu arbeiten. Das kann dem Kapitalisten nicht passen. Es muß verhindert werden. Durch welche Mittel, haben wir hier nicht zu erörtern. Aber auch hier ist der Arbeiter

vom Kapital abhängig, auch hier besitzt der Arbeiter nicht die Produktionsmittel selber, er muß vielmehr in den Dienst des Kapitals treten, um produzieren und thätig sein zu können; auch hier muß er sich infolge dieser Zwangslage mit einem Hungerlohn begnügen; auch hier wird er — trotzdem alle Mittel zu einem reichlichen Leben des ganzen Volkes vorhanden sind — „überzählig“, sowie das Privatkapital ihn nicht mehr braucht.

Die Uebervölkerung hat also gar nichts mit der Dichtigkeit und Häufung der Bevölkerung zu thun. Und wenn, wie in Australien, auf jeden Einwohner eine Quadratmeile fruchtbarsten Erlandes kommt — er kann dem Hunger überantwortet sein, wenn der Boden und die Mittel zu seiner Bearbeitung im Privatbesitz sind.

Ueberführung des Bodens und der Produktionsmittel in den Besitz des ganzen Volkes, nicht in Auswanderung und Bevölkerungsbeschränkungen — darin liegt das alleinige Heilmittel gegen die moderne Uebervölkerung.

Die Berliner Maurerbewegung seit dem Puttkamer'schen Streikerlaß.

Ein Beitrag zur Geschichte des Koalitionsrechtes in Deutschland.

I.

Im Jahre 1885 unternahmen die Berliner Maurer bekanntlich einen Streik und führten ihn auch siegreich durch. Ihre Forderungen waren die denkbar gemäßigtesten; durch die Gewährung der Anfangsforderung wäre der Berliner Lohn noch nicht einmal dem Hamburger gleich gekommen.

Trotzdem wüthete die Unternehmerpresse, wie von der Tobfucht befallen, gegen die um ihr gutes Recht kämpfenden Maurer; es ist Thatsache, daß einflußreiche große Bauherren auf jede Weise die Behörden zu Unterdrückungsmaßnahmen herauszufordern suchten; und es steht weiter fest, daß der Streikerlaß des preussischen Ministers des Innern nicht zum geringen Theil auf diese Einwirkung zurückzuführen ist. Jedenfalls hatten die Maurer am schwersten unter ihm und der Einführung der vorherigen Versammlungs-„Genehmigung“ zu leiden.

Bereits die für den 16. Mai 1886 — schon durch Säulenanschläge bekannt gemachte — Versammlung auf Tivoli wurde polizeilich verhindert. Am 21. Mai wurde der „Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer“ vorläufig geschlossen, ebenso die Preßkommission — alles auf Grund des § 8 des Preussischen Vereinsgesetzes — ferner auch der „Bauh andwerker“, das Fachblatt für Deutschland, verboten.

An jeder öffentlichen Zusammenkunft und Aussprache verhindert, unternahmen die Maurer am Himmelfahrtstage 1886, etwa 500 Mann stark, eine gemeinsame, ganz harmlose Landparthie nach Grünau — bloß um sich doch wenigstens auf irgend eine Weise noch als Kollegen und Arbeitsbrüder zusammenzufinden. Die Polizei behandelte die friedlich dem Naturgenuss und der Erholung sich hingebenden wie eine Schaar von Wegelagerern. Etwa achtzehn Gensdarmen verfolgten die Vertheiligten auf Schritt und Tritt, und natürlich war auch die Geheimpolizei stark vertreten. Der Unwille der Menge wuchs erklärlicher Weise mit jeder Stunde und als Abends, auf dem Rückwege nach dem Bahnhofe, ein Gensdarm heftig zwischen eine dichte Gruppe trat und dabei durch seine Sporen einem Maurer das Beinleid zerriss, kam es zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der Gensdarm blatt zog. Vier Personen wurden schwer verletzt, eine ganze Reihe von Kollegen wurde verhaftet, ein halbes Jahr in Untersuchungshaft behalten, wegen Landfriedensbruches angeklagt und schließlich — ganz freigesprochen!

Natürlich mußte nach diesem Vorfalle das Schlimmste nicht mehr unerwartet kommen und man gewöhnte sich förmlich daran, keine Versammlung mehr abhalten zu können.

Sonntag, den 18. Juli 1886, sollte eine öffentliche Maurerversammlung stattfinden — verboten! Am 4. September konnte man wieder einmal auf Tivoli zusammenkommen, es handelte sich um die Wahl eines Innungs-gesellenausschusses. Alle Redner protestirten dagegen, daß nur die 1300 zufällig bei Innungsbrüder arbeitenden Kollegen wahlberechtigt sein sollten. Das war wohl der Behörde nicht recht; der Beamte brachte die Versammlung vorzeitig zur Auflösung. Am 5. September beriefen dann die Innungsbrüder ihrerseits eine Versammlung nach Bughagen; diese verlief, wie gewöhnlich, resultatlos.

Dann folgten die Verbote Schlag auf Schlag. In der Zeit vom 14. August bis 1. Oktober wurden sogar der Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ die Zusammenkünfte verboten, in welchen über das Unfallversicherungs-gesetz gesprochen werden sollte — über ein Gesetz also, das die Mitglieder doch schon aus pekuniärem Interesse genau kennen mußten. Sogar zwei Mitgliederversammlungen, in denen einfache Kassengeschäfte erledigt werden sollten, wurde die Genehmigung verweigert. In einer zum 16. November 1886 angemeldeten Versammlung wollte man über das Krankenversicherungsgesetz beraten, im Anschluß an einen Fall, wo ein Polier ein Mitglied der freien Hilfskasse zum Beitritt in die Ortskasse hatte zwingen wollen — die Behörde schien das bedenklich zu finden, sie verweigerte die Genehmigung. Ueber die vielen Hauseinstürze sollten sich die Maurer doch gewiß auch die Köpfe zerbrechen — sie durften es nicht, die zum 21. Dezember

1886 geplante Versammlung mit dieser Tagesordnung wurde nicht genehmigt.

Im Januar 1887 kündigte Maurer Lehmann eine Versammlung an — nicht genehmigt. Am 22. Januar wollte Bod wieder einmal über die Hauseinstürze und die Unfallversicherung sprechen — Genehmigung verweigert. Für den 29. Januar war wieder eine Zusammenkunft geplant — Genehmigung nicht erteilt!

Zur Abwechslung beschwerte sich Maurer Bod einmal beim Minister des Innern, wohl in der Hoffnung, endlich einmal etwas über die Gründe der fortwährenden Maßregelungen zu erfahren. Da sah er sich aber sehr enttäuscht. Der Bescheid des Ministers lautete kurz und bündig:

Berlin, den 30. März 1887.

Auf die Beschwerde vom 8. Februar d. J. erwidere ich Ihnen, daß ich die anbei zurückfolgende Verfügung des Königlich-polizeilichen Präsidiums hier selbst vom 26. Januar d. J. durch welche für eine öffentliche Versammlung der Maurer am 29. d. Mts. die von Ihnen nachgesuchte Genehmigung verweigert worden ist, nicht zu mißbilligen vermag, nachdem ich von den Gründen Kenntniß genommen habe, welche hierfür bestimmend gewesen sind.

Der Minister des Innern.

Puttkamer.

Natürlich, wenn nur Herr v. Puttkamer weiß, warum den Arbeitern alle Rechte entzogen werden, deren sich die Unternehmer in vollen Zügen erfreuen! Wozu brauchen es denn die Arbeiter selber zu wissen!

Von der ganzen früheren Maurerherrlichkeit erstirte nun noch ein schwacher Ueberrest, nämlich die Lohnkommission. Dieselbe war nicht etwa nach der „vorläufigen“ Schließung des Fachvereins als Ersatz ins Leben gerufen worden, nein, sie bestand schon lange vorher, sie war am 7. Februar 1886 bereits in der Tonhalle in öffentlicher Versammlung gewählt worden — den Fachverein traf aber erst Ende Mai der polizeiliche Schlag. Daß man in dieser Kommission, die schon lange vorher existierte, jemals eine Fortsetzung des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer“ würde erblicken können, hätte wohl Niemand gedacht. Und doch geschah das Unglaubliche und zwar am 1. Juni 1887.

Darüber jedoch das nächste Mal.

Der Reichstag und die parlamentarische Thätigkeit.

II.

2. Die Zusammensetzung und die Thätigkeit der Kommissionen.

Die Kommissionen dienen zur Bearbeitung einzelner mit jeder Session oder doch jährlich sich wiederholender Geschäfte, welche die Geschäftsordnung, die Petitionen, den Etat, das Rechnungswesen und die Wahlprüfungen betreffen, sowie zur Vorberatung einzelner Gesetzesvorlagen.

Der Reichstag beschließt, für welche Geschäfte und in welcher Stärke eine Kommission zu wählen ist. Für die Eingangs gedachten Geschäfte erfolgt der Beschluß meistens unmittelbar nach Konstituierung des Reichstages, die Gewählten gehören dann während der Sitzungsperiode dauernd der Petitions-, oder Wahlprüfungs- u. s. w. Kommission an. Für einzelne Gesetzesvorlagen dagegen werden natürlich die Kommissionen im einzelnen Fall immer besonders gewählt, je nachdem diese Vorlagen eingehen, und dann nach deren erster Berathung im Plenum.

Die Wahl der Kommissionen erfolgt durch die im vorigen Artikel in ihrer Zusammensetzung geschilderten sieben Abtheilungen in der Weise, daß jede der letzteren 1, 2, 3 oder 4 Mitglieder*) durch Stimmzettel nach absoluter Mehrheit ihrer anwesenden Mitglieder wählt.

Dabei ist es nicht notwendig, daß die Abtheilung aus ihrer Mitte das betreffende Kommissionsmitglied wählt, die Wahl kann sich vielmehr auf sämtliche Mitglieder des Reichstages erstrecken. Hierbei kann es nun geschehen, daß mehrere Abtheilungen denselben Abgeordneten wählen, und es hat dann diejenige Abtheilung den Vorzug, welcher der Gewählte angehört. Sonst hat die Wahl der ihrer Nummer nach voranstehenden Abtheilung den Vorzug und diejenige, deren Wahl in dieser Weise ungültig geworden ist, hat sobald als thunlich eine Ersatzwahl vorzunehmen. Dies hat auch dann zu geschehen, wenn ein Mitglied aus der Kommission ausscheidet.

Die so gewählten Kommissionen konstituieren sich unter einem aus ihrer Mitte zu wählenden Vorsitzenden und Schriftführer. Für den Vorsitzenden wird ein Stellvertreter und je nach Bedürfnis werden mehrere Schriftführer gewählt. Von der erfolgten Konstituierung, wie von dem Gegenstande der Verhandlungen muß dem Reichskanzler Kenntniß gegeben werden.

Die Kommissionen halten ihre Sitzungen in eigens für sie bestimmten Räumen, größeren Zimmern oder auch Sälen ab und stellen ihre Tagesordnung selbst fest. Sie sind beschlußfähig, sobald mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Ihren Berathungen können die Mitglieder des Bundesraths und die Kommissarien desselben sowie der Präsident des Reichstages mit beratender Stimme beiwohnen.

Für Nichtmitglieder der Kommissionen kann die Öffentlichkeit durch Beschluß des Reichstages ausgeschlossen werden. Die Berathungen sind im Ganzen formloser wie im Plenum des Reichstages.

*) Da es sieben Abtheilungen giebt, so erklärt es sich, warum immer von Kommissionen von 7, 14, 21 oder 28 Mitgliedern die Rede ist.

In der Kommission wird zunächst eine Generalberathung des Gesetzentwurfes vorgenommen. Ehe man z. B. die Frage behandelt, ob die Regierungsvorschläge wegen des einzuführenden Branntweinmonopols durchdacht und zweckmäßig sind, muß natürlich vorher erörtert werden: ist ein Monopol überhaupt erwünscht? Genügt eine Erhöhung der alten Steuer nicht? Warum nicht? Welche Nachteile hat das Monopol? Erst dann kommt — wenn man überhaupt dem Monopol grundsätzlich zustimmt — die Erörterung, ob die Durchführung des Monopols nach den Einzelvorschlägen der Regierung oder in anderer Weise erfolgen soll.

Es ist natürlich, daß in dem kleineren Kreise der Kommissionen eine ganze Menge von Ausführungen und Erkundigungen vorkommen, die für das Plenum ganz ungeeignet sind. Die Regierung legt neues, vielleicht viel eingehenderes Material vor; die Parteivertreter gehen der Sache vielmehr auf den Grund; hier wird gearbeitet, erwogen, im Plenum entschieden und der bereits gewonnene Standpunkt vertreten und verteidigt.

In dem gedruckten Berichte über die Thätigkeit der Kommissionen wird die Namensnennung vermieden. Es heißt immer: die Gegner des Monopolgedankens führten aus . . . dem wurde seitens der Regierungsvertreter und aus der Mitte der Kommission entgegengehalten, daß . . . von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde betont, daß . . . einige Mitglieder der Kommission neigten dahin, . . . ein Mitglied der Kommission stellte den Antrag . . . über die Einzelberathung ist Folgendes zu berichten. Am Schlusse heißt es dann etwa:

Bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz gelangte dasselbe mit allen Stimmen bis auf eine zur Annahme.

Demnach beantragt die Kommission: Der Reichstag wolle beschließen:

dem vorgelegten Gesetz-Entwurfe in der aus der nachstehenden Zusammenstellung sich ergebenden Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Berlin, den folgt Datum.

Die Kommission.

Nun folgen die Unterschriften sämtlicher Mitglieder und dann die von den Antragstellern zur Unterstützung des Antrages übergebenen Belege und endlich die Zusammenstellung des Entwurfs, letztere dergestalt, daß auf dem in der Mitte gebrochenen Bogen links die ursprüngliche und rechts die veränderte Fassung sich befindet.

Die Kommissionsberichte werden gedruckt und an sämtliche Mitglieder des Reichstages vertheilt, auch werden dem Bundesrathe eine angemessene Anzahl von Exemplaren übersandt.

Die Kommissionen sind auch befugt, an Stelle des schriftlichen Berichts durch den gewählten Berichterstatter im Reichstage mündlichen Bericht erstatten zu lassen, jedoch nur dann, wenn der Reichstag sich damit einverstanden erklärt.

Sind die Gegenstände der Verhandlungen durch die Kommission genügend vorbereitet, so wird solches dem Präsidenten mitgeteilt, der seinerseits nun die Einbringung derselben auf die Tagesordnung verfügt und den Tag der Verhandlung feststellt. Manche Vorlagen werden ja wieder an die Kommission „zurückverwiesen“. Sind sie aber definitiv erledigt, so hat die Kommission ihre Endschaft erreicht.

Je nachdem der Gegenstand der Bearbeitung oder Vorbearbeitung es erheischt, dauert die Thätigkeit der Kommissionen fort. Demnach variiert die Dauer der einzelnen Kommissionen zwischen Wochen und Monaten, einzelne bestehen für die ganze Dauer der Session und auch darüber hinaus.

In der verfloffenen Session wurden im ganzen 17 Kommissionen gebildet, nämlich 5 Fachkommissionen und 12 Spezialkommissionen.

Politische Nachrichten.

Das Programm für den von den englischen Trades Unions vorbereiteten internationalen Arbeiterkongress ist nunmehr in seinen Hauptzügen festgestellt. Der Kongress beginnt, wie bereits erwähnt, Dienstag, den 6. November, nachdem Abends vorher ein festlicher Empfang der Trades Unions vorausgegangen sein wird. Broadhurst wird den Kongress mit einer Begrüßungsrede eröffnen, und danach wird der Kongress sein Bureau ernennen. Die in Aussicht genommene Tagesordnung lautet:

„Welches sind die besten Mittel, um die Gesetze, welche einer internationalen Vereinigung der Arbeiter im Wege stehen, zu beseitigen?“

„Praktische Maßnahmen für eine internationale Vereinigung der Arbeiter.“

„Internationale Regelung der Arbeitsstunden.“

„Ist es rathsam oder nicht, daß der Staat sich einmischet, um die Arbeitsstunden zu regeln?“

Jedes Land hat bei der Abstimmung eine Stimme.

Die Redner, die einen Bericht oder eine schriftliche Darlegung verlesen, haben eine halbe Stunde, diejenigen, die frei sprechen, 15 Minuten Redezeit. Jeder Redner darf über denselben Gegenstand nur einmal sprechen. — Jede Nation wird, wie ebenfalls schon erwähnt, ersucht, einen Bericht auszuarbeiten über die Lage der Arbeiter ihres Landes. Die offizielle Sprache des Kongresses ist französisch. Die Mandate müssen in französischer oder englischer Sprache ausgestellt sein.

Domela Nieuwenhuis ist der erste Sozialdemokrat, der in die holländische Kammer gewählt worden ist. Er wurde am 31. Dezember 1846 in Amsterdam geboren, sein Vater war Professor der Theologie dortselbst und auch D. N. widmete sich der Theologie. Er bekam 1876 eine Predigerstelle in Harlingen, später in Beverwyk

und endlich in der Residenz im Haag eine solche an der Lutherischen Gemeinde. Das Studium der Nationalökonomie und der sozialistischen Literatur bestimmte ihn, die Kirche zu verlassen. Er gründete 1879 das sozialdemokratische Organ „Recht voor Allen“ und eröffnete somit die Bewegung für die Sache der Arbeiter in der nachdrücklichsten Weise. Durch seine unermüdete Agitation gelang es ihm, in sehr vielen Städten und auch auf dem Lande Arbeitervereine zu gründen und die Bewegung zu einer nachhaltigen zu gestalten. 1887 wurde D. N. wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch die Presse, zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt, obwohl er nachweisen konnte, daß der inkriminierte Artikel nicht von ihm selbst geschrieben worden war. Im März 1888 wurde er in seiner Uebersetzung nicht zu erschütternde Mann in die holländische Kammer gewählt, was bei dem beschränkten Wahlrecht von einer ganz besonderen Stärke der Arbeiterpartei in Holland, der sich besonders auch die Kleinbürger angeschlossen haben, zeugt. D. N. hat viele wissenschaftliche und Agitationsbroschüren geschrieben, ferner war er Mitarbeiter der „Revue socialiste“, La nouvelle société“, des „Nichterschen Jahrbuchs für Sozialwissenschaft.“

In Glamorganshire (Wales) in Großbritannien hat eine bewerkenswerthe Nachwahl zum Parlament stattgefunden. Den vorwiegend industriellen Bezirk Gower hatte bisher ein Liberaler vertreten, bis jetzt durch den Einfluß der Arbeiter der „Radikale“ Randall aufgestellt wurde. Dieser Randall war nicht nur Kandidat der Arbeiter — obwohl selbst kein Arbeiter, sondern ein Advokat —; er hat sich nicht nur als Organisator und Anwalt um die Arbeiterfrage verdient gemacht, er trat auch offen mit einem Programm auf, das wir ein sozialdemokratisches nennen können, da es die Nationalisierung nicht bloß des Grund und Bodens, sondern sämtlicher Produktionsmittel verlangt. Trotzdem trat Randall zugleich als Kandidat der Liberalen auf. Was geschah aber nun? Die ganze Bourgeoisie ließ diesen Liberalen im Stich und stimmte für den Tory Clevellyn. Trotzdem siegte Randall, lediglich weil die Arbeiter den konservativen und liberalen Bourgeois zusammen an Stimmzahl überlegen waren! Daß dieser Sieg das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse heben und die Auffstellung selbstständiger Arbeiterkandidaten fördern muß, ist klar. Randall ist der zweite Sozialdemokrat im englischen Parlament; Cunningham Graham ist ihm vorangegangen. Vielleicht hat das Beispiel von Glamorganshire zur Folge, daß Lanarkshire bei der bevorstehenden Nachwahl Hardy als Dritten ins Parlament entsendet. — Bemerkenswert ist es, daß die ersten sozialistischen Parlamentsmitglieder Englands nicht von London entsandt wurden. Es sind die Industrie und Minenbezirke im Norden Englands, in Schottland und Wales, wo die Empörung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Liberalismus die raschesten Fortschritte macht. — Ein großes Hinderniß, diese Empörung zu Klarheit und Selbstbewußtsein zu bringen, ist der Mangel an einer den Massen zugänglichen Literatur, die ihnen die Grundsätze des modernen wissenschaftlichen Sozialismus beibringt. In der diesbezüglichen englischen Broschürenliteratur sind nur wenige zweckentsprechende

Publikationen zu finden. Um so willkommener ist es, daß jetzt eine treffliche englische Uebersetzung des kommunistischen Manifests erschienen ist, besorgt von S. Moore, der mit E. Koeling das „Kapital“ ins Englische überführt hat, und revidiert, mit einer Einleitung und erklärenden Anmerkungen versehen von Friedrich Engels. Es ist das keineswegs die erste englische Uebersetzung des Manifests. Aber die früheren waren ungenügend und fanden wenig Beachtung: noch war die Zeit dafür nicht gekommen. Heute ist es einer raschen und weiten Verbreitung gewiß. Nicht lange, und es wird die Grundlage der englischen Arbeiterbewegung bilden, wie es bereits den Charakter der sozialistischen Arbeiterbewegungen aller anderen Länder bestimmt, ihnen zu Klarheit und Zielbewußtsein verholfen hat.

Der Gemeinderath von Paris bewilligte 10 000 Francs als Unterstützung für die Familien der ausgesperrten Glashüttenarbeiter in den Departements Seine und Seine et Oise, welche durch die Schließung der Fabriken beschäftigungslos geworden sind.

Die von der Brüsseler Arbeiterpartei 1886 begründete Genossenschafts-Bäckerei hat im zweiten Halbjahr einen Umsatz von 596 080 Francs, im ganzen Jahre von 1 200 000 Francs erzielt. Die Bäckerei stellt wöchentlich 12 018 Brode her und hat jetzt 1621 Theilhaber. Das sozialistische Volkshaus (maison du peuple), welches Bier verschänkt, hat im letzten Halbjahre einen Reingewinn von 22 661 Francs erzielt; fortan wird auch Wein, das Glas zu 10 Centimes, ausgeschänkt.

München-Glabbad. Der hiesige Industriekreis ist neuerdings auch mit einem Fabrikanten-Verein zur „sittlichen und moralischen Hebung der arbeitenden Klassen“ beglückt worden. Selbstverständlich dürfte in dem betr. Vereinsstatut der bekannte sozialisten-gesellschaftliche Passus „Bekämpfung aller auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Einrichtungen gerichteten Bestrebungen“ nicht fehlen. — Außerdem stellt sich dieser Bourgeoisverein das schöne Ziel, bei den Arbeitern die „Vaterlandsliebe“ zu erwecken und zu befestigen, andrerseits aber den unzufriedenen Elementen mit gehöriger Schärfe entgegenzutreten mit Wort und That! Protokoll dieses „arbeiterfreundlichen“ Vereins ist der Regierungspräsident von Düsseldorf, wie denn auch eine Anzahl Regierungs- und Landräthe, Bürgermeister und Kommerzienräthe als Mitglieder und „Gönner“ nicht fehlen. Man braucht nun wohl kein Prophet zu sein um die „guten“ Wirkungen dieser Verbindung voraussetzen zu können: jede selbstständige, freie Regung des Arbeiters soll unterdrückt werden, sonst — Maßregelung! — Vor circa 3 Wochen hatte der hiesige Verein der gewerblichen Arbeiter eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher die Herren Jung aus Ebersfeld und Hengstbach aus Köln über die Invalidentversorgung und das famose Arbeitsbuch referirten. Eine Resolution, welche in scharfer Weise die moderne „Sozialreform“ geißelte und der Arbeiterpartei im Reichstage das vollste Vertrauen ausdrückte, wurde ohne Widerspruch angenommen. Die Ultramontanen, auf der Versammlung zu seige, den wohlverdienten Denkzettel zu partiren, ergingen sich in üblicher Weise in ihrem hiesigen Organ in einer Fluth von erbärmlichen Schmähungen, und kühlten ihr Mithchen, statt offen mit den Lebenden anzubinden, in ihrer servilen Presse an dem todtten Max Kaiser. Nun, sie werden in Bälde die gebührende Antwort erhalten, denn am kommenden Sonntag, 13. Mai, findet wieder eine öffentliche Arbeiterversammlung hier selbst statt. Veranlassung zu dieser ist hauptsächlich eine am 6. d. M. in unserer Nachbarstadt Rheide von dem dortigen Gewerksverein der Metall-Arbeiter einberufene Versammlung, in welcher der Generalsekretär der deutschen Gewerksvereine, Herr Rauch aus Berlin, über Arbeiter-Organisation sprach, und in der bekannten Tonart das Hohelied von der Selbsthilfe vortrug. Als nun von unserer Seite

ohne Säumen das Wort verlangt wurde, versuchte man zuerst, unserem Redner die Redezeit zu beschränken. Auf unsern Protest drohten am Vorstandstisch die Herren vom Gewerksverein mit Hinauswerfen und der Vorsitzende war gewerksvereinslich genug, trotz öffentlicher und persönlicher Einladung und zugeführter Redefreiheit die Versammlung eiligst zu schließen. Unsere Freunde, etwa hundert Mann, machten dann in corpore einen Spaziergang durch Rheide, gefolgt von vier Sicherheitsmännern — es war möglich anzuschauen. Auf das Benehmen des Gewerksvereins wird am Sonntag nun die Antwort folgen. Herr Carl Besch aus Grefeld wird über die Gewerksvereine referiren. Die einzige Arbeiterorganisation, die in M-Glabbad auf Selbstständigkeit hält, ist der Verein der gewerblichen Arbeiter und er ist, wo es gilt, seine Pflicht zu thun, stets auf seinem Posten.

Leipzig, 12. Mai. Heute und nächste Woche finden hier zwei Sozialistenprozesse statt, von denen besonders der eine, schon wegen der zahlreichen Angeklagten eine größere Beachtung unter den massenhaften Prozessen hervorruft. Nicht weniger als 43 Personen werden die Anklagebank zieren, von denen viele bereits seit dem 17. März in Untersuchungshaft sich befinden. Die übrigen haben ebenfalls kürzere oder längere Zeit im Untersuchungsgefängnis zugebracht. Die Anklage stützt sich auf § 130 des Str.-G.-B. und das Vergehen soll durch Verbreitung eines Flugblattes begangen sein, welches aus Anlaß des 18. März vertheilt worden ist. Erst ganz vor Kurzem waren 18 Steinweggehülfe angeklagt wegen Geheimbündelei, und wurden auch davon 13 von 2 Wochen bis zu 4 Monaten verurtheilt. Das Urtheil hat in den weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt, sogar die hiesige „Gerichtszeitung“ führte aus, daß es Jedem überlassen bleibe, sich ein eigenes Urtheil über die Beurtheilung zu bilden. Der heute stattfindende Prozeß richtet sich gegen zwei Personen auf „Geheimbündelei.“ Wir werden in nächster Nummer ausführlicher berichten.

Die Hausfuchungen bleiben in Berlin an der Tagesordnung. Die Tagesblätter haben darüber berichtet. Wir fügen nur zu, daß am 27. v. M. der Steinweg G., Demeewitzstraße, fünfzig und einer Lebensvisitation unterworfen wurde. Gefunden wurden vier Sammelbüchsen und einige Leittungen für den Hasencleversfonds. Am 28. holte man G. alsdann von der Arbeit, um eine Hausfuchung bei ihm vorzunehmen, die resultatlos verlief. Am 2. Mai wurde beim Maurer H. Bilowstraße, gehausucht und ein Exemplar von Pabels „Frau“ gefunden. Am selben Tag hatte Maurer F. Bilowstraße, Besch. Seine Frau wollte einen Zeugen holen, die Polizei wartete gar nicht darauf, sondern durchsuchte alles ohne weiteres.

Diehgen's Begräbniß. Am Dienstag vor acht Tagen wurden die sterblichen Ueberreste von Joseph Diehgen auf dem Waldheimfriedhof bei Chicago beigesetzt. „Einfach und bescheiden, wie er gelebt, wurde unser theurer Todte begraben,“ schreibt die Arbeiter-Zeitung. „Als sich diejenigen, welche an dem Begräbniß theilnahmen, in dem Trauerhause versammelt hatten, hielt der Sozial-Ökonom, Herr E. Groenlund aus New-York, den seine Agitationsreise seit mehreren Tagen in Chicago weilen läßt, in englischer Sprache über das Thema: „Ist das Leben lebenswerth?“ eine kurze Rede, in welcher er in warmen Worten nachwies, daß ein Leben, welches wie das des Verstorbenen dem Streben nach einem Ideal gewidmet war, wirklich lebenswerth sei. Vor dem offenen Grabe auf dem Friedhof zu Waldheim hielt Herr J. Christensen die Grabrede. Er wies nach, daß das Leben des schlachten Mannes, um dessen Grab die Anwesenden versammelt seien, mehr werth und der Menschheit nützlicher gewesen sei, als das Leben irgend eines „Mächtigen“ der Erde. Am Faden dieses Gedankens gab auch er eine kurze Lebensgeschichte des Verstorbenen, und schloß mit der Mahnung, an dem Grabe dieses Mannes das Gedächtniß anzulegen, selbstlos, wie er, alle Kräfte dem Dienste der großen Sache der Emanzipation der Menschheit zu widmen. Das Grab Diehgen's grenzt unmittelbar an die gemeinschaftliche Gräber im November v. J. hingerichteten Anarchisten.“

Oeffentliche Tischler-Versammlung
am Montag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, Köslinerstr. 17 (Zimmermann's Gesellschafts-Haus).
Tagesordnung:
1. Die Lohnbewegung der Tischler in verschiedenen Städten Deutschlands, speziell der Streit der Kollegen in Halberstadt, Solingen und Hamburg und wie verhalten sich dem gegenüber die Tischler Berlins. Referent: B. Schmidt.
2. Bericht der Kommission.
3. Wahl einiger Kollegen für den Norden, welche Sammellisten ausgeben und wieder einziehen.
In dieser Versammlung sind speziell die Tischler des Nordens eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.
Der Einberufer.

Fachverein der Tischler.
Sonnabend, d. 12. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. G. Sandmann über „Rafen- und Halskrankheiten“.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
Der Vorstand.

C. Wildberger
Tapezierer und Dekorateur
Berlin S., Kommandantenstr. 60,
empfehlend sich zur Anfertigung von Polster- und Dekorationsarbeiten in der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, sowie zum Um- polstern u. und Umarrangiren von Gardinen unter Aufsicherung solid. Arbeit bei bill. Preisen.

Cigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von
C. Klein.
15. Mitterstraße 15.
Dabei ist Zahlstelle der Gütler u. Bronceur (C. H. 60).

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete
Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft
der Schneider zu Berlin (E. G.)
30 Zimmerstrasse 30
empfehlend sich einem geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.
Reelle Bedienung, guten Sitz, solide Preise garantiert der Vorstand.
Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahr- und Sommerpaletots, aufmerksam. Um zu räumen herabgesetzte Preise!

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. s. w.
(Zentrale Berlin)
arrangirt zum Besten seiner Invaliden am ersten Pfingstfeiertag in Schoner's Pilsener-Parl ein großes Früh-Konzert mit reichhaltigem Programm.
Billets à 20 Pf. sind bei allen Verwaltungs-Beamten sowie Zahlstellen und mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Die Kasse-Stüche ist geöffnet.
Zu einem recht guten Besuch ladet ergebenst ein
Die Ortsverwaltung.

Cigarren- und Tabak-Fabrik
von
Ballmüller & Steinicke,
Ackerstraße 22, Hof pl.,
neben der Markthalle.
Sonntags bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Arbeitsnachweis für Tischler.
Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich Alte Jakobstr. 38 im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich die vier Kassirer der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten, ersuchen wir, nur den obgenannten Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

Glaserei und Bildereinrahmung, Bilder-Verkauf v. A. Webel, Gruppenbildern, Laffale und Marx, in Del und Schwarzdruck, Pendant. Neu: Laffale! Präsident d. Allg. deutsch. Arbeitervereins. Aufträge nach außerhalb werden prompt besorgt.
A. Scholz,
Wangelstraße 32.

Fachverein der Steinträger Berlins.
Versammlung
Sonntag, d. 13. Mai, Vormittags 11 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, 2 Tr.
Tagesordnung:
Abrechnung vom 1. Quartal 1888.
Innere Vereinsangelegenheiten.
Verschiedenes und Fragekasten.
Wahl eines Festkomitees zum III. Stiftungsfest.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Allen Männern der Arbeit empfehle mein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.
W. Haugk, Weinstraße 22.

Cigarren- und Tabak-Fabrik
von
H. Gumpel,
Berlin N.O., Barnimstr. 42.
Lager von Rauch-, Kau- und Schnupftabak, sowie russischer und türkischer Cigaretten.

Billige Reste für Herrenhosen u. Jaquetts, sowie Reste für Damenregentmäntel, Jaquetts, Kleiderstoffe u. c. c.
A. Karle, Lauffenerpl. 1.
Ecke Waldemarstr. im Keller.

Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittagstisch nach Auswahl 45 Pf.
Abendstisch nach Auswahl 30 Pf.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Herm. Liewald, Mariannenstr. 46.

E. Kuntze,
Skalitzerstr. 18. (Zum lustigen Stiefel)
empfehlend seinen reichhaltigen und kräftigen Frühstück- u. Mittagstisch mit Bier 50 Pf.
Abendstisch nach Auswahl zu soliden Preisen.

Zur Beachtung für Steinmehlen!
Der Arbeitsnachweis der Steinmehlen zu Berlin wird den 7. Mai 1888 bei Herrn Schade, Scharnhorststraße 14, eröffnet, woselbst diejenigen fremden Steinmehlen ihr Gesicht erhalten, welche sich dort hin wenden. Alle anderen, welche auf die Werkpläge gehen und um Arbeit anzusprechen, werden nicht berücksichtigt und streng abgewiesen.
Die Arbeitsnachweis-Kommission der Steinmehlen zu Berlin.

Fachverein für Schlosser und Berufsgenossen.
Sonnabend, d. 12. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
General-Versammlung
bei Meyer, Alte Jakobstr. 83.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Benkenhoff. Thema: „Ueber unsere Gedanken-Verhältnisse“.
2. Kassenbericht des Kassirers pro 1. Quartal 1888.
3. Vereinsangelegenheiten.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Der Töpfer Richard Peterjen aus Kopenhagen wird ersucht, seine Adresse so bald als möglich an uns einzusenden.
Der Fachverein der Töpfer Kopenhagens.

Der Dienstmann.

Eine Geschichte von Otto Walster.

Erstes Kapitel.

Auf dieser schönen Erde könnten die Menschen recht glücklich sein, wenn sie nur ihre schönsten Ideale zum Gesetz für Alle zu machen verständen. Alle Schrecken und Unbilden der Elemente, alle Ungeheuerlichkeiten der Natur werden leicht ertragen, und freudig stürzt oft ein Mensch sich für einen andern in den Tod, wenn der Edelmuth geweckt, eine schöne Begeisterung im Menschen entzündet wird.

Die Weihnachtszeit ist im deutschen Klima gewiß die angenehmste nicht, ebensowenig wie für den Wohnsitz der meisten bis jetzt zivilisirten Völker. Seht nur, wie sie dahin frösteln, die Straße entlang, wie sie die schweren, wässrigen Schneeflocken abschütteln von der meist so dürrigen Kleidung! Und dennoch merkt man es fast allen Gesichtern an, daß heute ein anderer Geist als der gewöhnliche nächterne Werkeltagsgestalt in den Gemüthern auflebt. Ganz fremde Menschen sehen sich recht verständnisvoll an, sie meinen Ursache zu haben, sich gegenseitig anzulächeln, denn fast Jeder hat heute ein Geheimniß, welches man ihm ohne Mühe aus dem Gesicht abliest, weil es Jeder mit ähnlichem Inhalt besetzt. Jeder hat sich still in seinem Inneren etwas ausgedacht, was er in dem dunkelsten Winkel seines Herzens versteckt hält, bis es die Lichter des Abends aus ihm herauslocken werden.

Und fast Alle haben auch etwas Freudiges, Tröstendes zu erwarten, selbst die scheinbar Ärmsten, wäre es auch nur eine warme Stube an diesem Abend und an den folgenden Feiertagen, reichlichere Nahrung als gewöhnlich, mehr Licht, und — fast gar keine Schelte!

Die Kinder der Armen lassen zur Weihnachtszeit sowohl eine gewisse industrielle Geschicklichkeit, wie etwas Kaufmannsgeist in sich erwachen. Alle fühlen das Bedürfnis, etwas zu verdienen, um etwas zu haben für Andere, um etwas verschenken zu können. Ein gewiß löblicher Erwerbstrieb.

— Ach bitte, lieber Herr, kaufen Sie mir diese Puppe für Ihr kleines Mädchen zu Hause ab.

— Ja, Kind, was soll ich denn mit der Puppe? Ich habe gar kein kleines Mädchen zu Hause.

— O, sie kostet ja nur 20 Pfennige, trotz des schönen goldenen Gürtels.

— Das ist ganz gewiß sehr billig, aber wenn ich doch nun einmal kein kleines Mädchen habe?

— Sie werden gewiß in Ihrem Hause ein kleines Mädchen haben, das sich sehr freuen würde, wenn sie ihr mein hübsches Püppchen für seine Puppenstube schenken. Wollen Sie es nicht mitnehmen?

— Ja, Kind, aber ich habe heute auch nicht einmal Platz mehr in meiner Tasche.

— Ach, das ist recht schlimm, ich habe hier noch viele, und ich möchte gern mit dem Erlös der armen Mutter daheim eine rechte Freude machen.

— Nun weißt du was, hier sind 20 Pfennige, ich will das Püppchen deiner kleinen Schwester hier zu Weihnachten schenken.

Es giebt an diesem Tage nur Wenige, die es wirklich zu eilig haben, um die Kleinen nicht mit Sanftmuth zu bescheiden und ohne über „Bettelei“ zu murren; nur Wenige vermögen an einem solchen Tage ihres Herzens Härte zu bekunden.

Ein warmer Hauch der Liebe weht durch die kalte Luft und schmilzt Manches, was sonst starr sich zeigt. Ernste Menschen werden fast heiter, melancholische sogar lustig, die Strengen zeigen sich mild, selbst des Geizigen das ganze Jahr über festgeschlossene Hand öffnet dieser Tag mit sanfter Kraft, und andererseits erinnert er auch die Leichtsinngigsten an sonst gern vergessene Pflichten.

Wie das hastet und eilt; wie die Verkaufsläden gefüllt sind, wie es durch die Verkaufsläden des öffentlichen Weihnachtsmarktes wogt! Wie viele Leute kommen da mit Waaren aller Art, namentlich mit Spielsachen beladet, zum Vorschein. Troschken, Fialer, Equipagen haben alle Mühe, ohne Schaden für sich und Andere durchs Gedränge sich hindurchzuwinden.

— Dienstmann, wo bist du? Dienstmann! ruft es hier, Dienstmann! ruft es da. Große und kleine Pakete, Christbäume, Lichterpyramiden, auch solche, die durch Einwirkung der Lichter zum Drehen gebracht werden, Puppen-theater für die Kinder, welche erstere oft auch die Welt, und eine bessere noch dazu, bedeuten, Puffkuchen, Kuchen, Kaufläden in miniature, das heißt im verjüngten Maßstabe, Schäferereien und — leider — auch Festungen und Schachteln voll Soldaten — Erinnerungen an das Verhängniß der Zeit — wollen nach ihrem Bestimmungsorte gebracht sein.

Aber den Dienstmann braucht man noch zu viel schwierigeren und mit Vorsicht zu behandelnden Besorgungen, zur Ausführung von Aufträgen, die er vielleicht nicht auf sich nähme, wenn er die Tragweite des geleisteten Dienstes in seinem ehrlichen Gemüthe ermessen könnte.

Und was läuft sonst noch durcheinander!

— Guten Abend, bestes Fräulein, wir sehen uns doch hoffentlich übermorgen zum zweiten Feiertag im Kongert? Ja? —

Wie hübsch sie heute aussieht! Ob sie wohl errathen haben mag, daß das, was ich unterm Arm trage, für sie bestimmt ist?

— Da läuft meine alte Zeitungsträgerin, muß in solch hohem Alter sich auch noch mit dem Zeitungsbündel schleppen. Trepp auf, Trepp ab, den lieben geschlagenen Tag! Daß ich nur heute nicht vergesse, etwas für sie bereit zu legen. Sie muß doch auch erfahren, daß Weihnachten da ist.

— Hier ist der Briefträger. Vier Kinder hat er und sein Weib ist krank, schlechte Nahrung und viel Arbeit, das thut nicht gut. Vier Kinder und 18 Thaler, nein 54 Mark Monatsgehalt, das reimt sich nie zusammen. Warum so viel Armuth im Zeitalter des übermäßigen Reichthums?

— Halt! meine kleine Nichte, daß ich nur die Puppenstube nicht vergesse, die ich versprochen und die ich bei den Mädchen lieber sehe, als die Soldaten bei den Jungen. So ein kleines Mädchen hat doch einen richtigen Instinkt, wenigstens ist ihr Sinn auf natürlichere Verhältnisse gerichtet, als bei den Jungen, die die unterm Soldatenpiel verborgene Brutalität fördern. Das kleine Mädchen aber muß ihre Wiege und ihre Puppenstube haben, womit sie sich auf ihren zukünftigen Beruf, Pflegerin und erste Erziehlerin der nächsten Generation zu sein, einüben kann. Seit sechs Wochen übt sie ihre Aufgaben besser, bessert sie ihre Buchstaben, um des Preises würdig zu werden. Meine ganzen pädagogischen Einwirkungen würden gefährdet, wenn ich nicht ihre Träume um eine schöne Puppenstube verwirklichte.

— Hätte ich nur einen Dienstmann zur Stelle, einen Packträger, die stehen sonst auf allen Wegen, an allen Ecken und überlaufen Einen fast, wenn sie Einem irgend welchen Auftrag abmerken; aber heute, wo man sie braucht, sind sie wie vom Erdboden verschwunden. Natürlich! Der Dienstmann will auch in der Zwischenzeit leben.

So wogt und so drängt es durcheinander. Aus den Tausenden von Häusern sind unzählige Menschen nach dem Mittelpunkt, nach dem Markte zusammengestrahlt und von hier aus strahlt Alles wieder zurück, um nach den äußersten Punkten das Licht zurückzutragen.

Zweites Kapitel.

Im Parterregeschoß des Rathskellers am Markte verkehrt um diese Zeit ein zahlreiches, geschäftig eiliges Publikum; die finnen Kellner können der Ungeduld der Gäste kaum gerecht werden. Die Dienstmänner halten sich immer in der Vorhalle bei der Treppe, da sind sie dem Publikum am Bequemsten erreichbar.

Heute freilich sieht man ihrer nicht viele an dieser Stelle. Augenblicklich bemerkt man nur einen im Angesichte eines Tellers voll Speisen, die er nur wenig berührt hat. Es ist so eine Mahlzeit zu herabgesetzten Preisen, denn sie besteht aus den reichlichen Ueberresten der „Speisefarte“ vom vorigen Tage, insofern sie nicht auf die neueste „Speisefarte“ übertragen worden sind. Solche zu herabgesetzten Preisen verabreichte Mahlzeiten müssen genommen werden, wie sie sind. Oftmals kommt wirklich ein schmachtendes Mahl aus der Küche, aber nur oft, nicht immer, auch nicht meistens, denn das Personal der Wirthschaft, das Küchenpersonal, dann die Kellner haben die Auswahl, und der Dienstmann, der Kunde zu herabgesetzten Preisen, bekommt den so geschnittenen Abhub. Die Armen bezahlen das Schlechte theurer, als die Reichen das Gute. Wenn der Arme auch nur die Hälfte etwa der gewöhnlichen Preistarife bezahlt, so zahlt er doch in der Regel mehr als die Feinschmecker der Wirthstafel, weil die oft mit großer Rücksichtslosigkeit und Gedanklosigkeit zusammengeschüttelten Speisen selbst für einen Dienstmannsmagen ungenießbar erscheinen.

Ein Dienstmannsmagen! Das hört sich so an, ohne daß die meisten Leute wissen, wie verschiedene Elemente in so einer Körperschaft zusammenkommen, in der Zeit, in der wunderlichen Zeit, in der wir leben! Da giebt es Leute, hervorgegangen aus den ländlichen Arbeiterkreisen, die ihrem wichtigen Berufe durch die Militärpflicht entzogen wurden, die dann nach Ablauf ihrer Dienstzeit, sei es wegen eines inzwischen angeknüpften „zärtlichen Verhältnisses“, oder weil ihnen der harte Knechtendienst bei den Bauern zuwider geworden, lieber um jeden Preis in der Stadt zurückbleiben wollen. Da giebt es ferner Leute, welche bei den häufiger werdenden Geschäftsstockungen, wie sie die großen industriellen Krisen, bei der bodenlosen Lieberlichkeit unserer gesellschaftlichen Arbeitswirthschaft, mit sich bringen, außer Arbeit gesetzt werden und nun in dem Dienstmannskreis wenigstens etwas Verdienst zu finden hoffen. Aber man findet auch Leute, welche in Folge der Alles verheerenden Spekulation um Vermögen und Stellung gekommen und nunmehr nur im Angesichte der Wahl: Bettler, Armenhausbewohner oder Dienstmann zu werden, das letztere als das Ehrenhafteste, wenn auch schwierigere, vorgezogen haben. Und wer den Dienstmann sieht, der sich hier mit Ekel von der ihm vorgesetzten Nahrung abgewendet hat, und sein bleiches, schon ziemlich ergrautes

Haupt mit fast eblen, feingehackten Gesichtszügen eingehender betrachtet, der liest darin eine lange Leidensgeschichte, reich an Opfern von Menschenwürde und Menschenglück.

— Du issest nicht!

Mit diesen Worten wird der Träumer, der seine gefurchte Stirn mit beiden Händen stützt, von seinem Kollegen, der eben eintritt und ohne Umstände Platz nimmt, angetrieben.

— Nein, entgegnete der Aeltere, es ist unverantwortlich, Jemandem für seine Geld so etwas vorzusetzen, was kein Hund, keine Kage anrühren würde. Saures und Süßes, Gepökeltes und Ungepökeltes, Gebratenes und Gekochtes, Fettes, was nicht mehr warm, und Mageres, was Niemand mochte, Alles ist zusammen geschüttelt. Da esse ich doch zehnmal lieber trockenes, reinliches Brod, und das hab' ich billiger.

— Aber das ist nicht so nahrhaft, entgegnete der Andere, indem er die verachtete Schüssel an sich zieht und mit sichtlichen Zeichen lebhaften Appetits an das Verzehren geht. — Weißt du, die Bornehmen bekommen das Alles zwar in vielen Schüsseln besonders aufgetragen, aber im Magen kommt bei ihnen doch Alles zusammen. Und wegen der Sauberkeit? Die Wenigsten wissen, was sie genießen, vom Fleischer bis zum servirenden Kellner ist ein langer Weg. Wer kümmert sich unter heutigen Verhältnissen um das, was ein Anderer genießt? Aber weißt Du was, da Du nicht essen willst, kannst Du für mich eine Kommission besorgen, ich habe so wie so noch viel abzumachen; um 4 Uhr können wir uns hier treffen, für den Fall, daß eine Antwort nöthig ist. Es ist hier dieses Paket, von Heinrich Schultes, Deinem Namensvetter, an Fräulein Leontine Heinrichs, Kaufmannstochter; das Fräulein weist jenes Paket zurück. Wahrscheinlich handelt es sich um einer jener Liebchastien, die ein junger Handelsbesitzer zur hübschen Tochter seines Prinzipals faßt. Er meint eine Eroberung gemacht zu haben, schickt einen Liebesbrief oder ein Geburtstags-, ein Weihnachtsgeschenk, und sie befehrt ihn, wach einen Unterschied das Geld zwischen ihr und ihm, der keins hat, ausmacht. Früher war der Adel eine solche unübersteigliche Schranke zwischen einem Menschen und dem andern, heute ist es das Geld. Das ist ein Unsinn gewesen, das andere ist's noch mehr, denn schließlich mag der Adel sein Vorurtheil hergenommen haben, wovon er will, so kann doch Einer ohne Schwierigkeiten nicht adlig werden, wenn das etwas werden heißt; aber als Dienstmann kann ich heute 100 000 in der Kottierie gewinnen, und bin dann was anderes, als ich eben noch gewesen. Ich sage Dir, Schultes, die Bourgeoisie hat den alten Adel vernichtet, das ist ihr Hauptverdienst; denn an dem war wirklich noch etwas Reelles wegzukämpfen, vorzugsweise Bildung in den meisten Fällen und ein gewisses nobles Ehrgefühl als Monopol, als nur für gewisse Familien daseiend; aber das, wofür die Bourgeoisie einen Vorzug in Anspruch nimmt, ist reiner toller Blödsinn, ist der durch Spekulation, Geschäft, Glück, Wucher und Gaunerei erworbene Besitz, der plötzlich meistens kommt und noch öfter vergeht. Was hat das mit dem Menschen zu thun? Und was hat der zufällige Besitz mit dem Menschen und dem Menschenleben überhaupt zu schaffen? Du sprichst nicht, Schultes, Du bist wie versteinert? Willst Du vielleicht die Kommission nicht besorgen?

— O, ich will, ich muß, denn . . . ach, was wird das für ein Weihnachten für ihn werden. Siehe, bezoldt, der Zufall führt Dich zu mir, und Du übergiebst mir ein Paket, dessen Rücksendung den Tod meines Sohnes zur Folge haben kann. Seinetwegen habe ich gewürgt und gearbeitet. Alles habe ich seiner Karriere geopfert, und nun muß er auf diese Weise unglücklich werden. O, es ist ein Glück, daß mich der Zufall dieses Paket zu besorgen übernehmen läßt. Ich kenne meinen Sohn, ich kenne sein und mein Temperament; seines und meines unterscheiden sich nicht viel.

— Was Du sagst! Ist das so? meinte der Andere, indem er alsbald sein Essen wegschob. — Nein, weißt Du, wenn das so ist, will ich lieber die Kommission selbst besorgen. Ich kenne Dich nicht viel, Du trinkst fast nichts, und für mich ist das Trinken das Mittel, meine Nerven zu beruhigen und die Vergangenheit zu vergessen. Du meidest das Trinken mit uns, die Andern sind Dir deshalb gram, ich nicht; Du bist ein alter Dienstmann und ich fühle, was das sagen will. Du gehörst auch nicht der sozialistischen Partei, noch der Gewerkschaft unserer Handarbeiter an . . .

— Was soll ich dori? Ich bin durch die eiserne Faust des Schicksals hineingedrückt worden, und . . .

— Und nun gehörst Du diesem Stande an, suchst Existenz, und womöglich eine menschenwürdige Existenz. Diese auch in unserem Stande zu erringen, ist das Ziel unserer Gewerkschaft, und Du bleibst ihr fern?

— Mein trauriges Schicksal hat mir allen Muth genommen; ich habe keine Gedanken für so etwas mehr. Ihr habt keine Geschichte, wie ich sie zu erzählen habe.

(Fortsetzung folgt.)

Muderei und Sozialdemokratie.

□ Als die deutsche Regierung nach Kanossa ging, geschah dieses „Rückwärts-Konzentrieren“ ausgesprochenemassen deshalb, um gegen den „inneren Feind“ mehr Lust zu erhalten und gleichzeitig erwartete man, nachdem man den Pabst befriedigt glaubte, von ihm wirksame Hilfe gegen die Sozialdemokratie, mit der man allein trotz aller Machtmittel nicht fertig werden kann. Es schien so, als ob man einzusehen begann, daß geistige Mächte heut nur noch mit geistigen Mitteln wirksam zu bekämpfen sind, daß man von dem mächtigen Apparat der Kirche gute Dienste erhoffte. Es tauchten dann auch bald in der aus dem Staatsfädel gespeisten Presse und ihrer Verbündeten, der Kapitalisten-Presse, ganz bestimmte Behauptungen auf, der Pabst werde nun die Sozialdemokratie mit seinem: „anathemata esto!“ belegen, sie „versuchen“, wie man zu Deutsch zu sagen gewöhnt ist.

Man war der Sache so sicher, daß man schon den Tag bestimmte, an welchem der Pabst eine solche feierliche Ansprache, eine solche Bannbulle der „Stadt und der Welt“ verkünden würde.

Der Tag kam, aber das Anathem kam nicht. Der Pabst schwieg über die Sozialdemokratie und hat bis heut geschwiegen, so sehr die ehemaligen „Kulturkämpfer“ ihn auch angewinselt haben.

Die sozialistischen Denker sind durch dieses Schweigen des Pabstes durchaus nicht überrascht. Unklugheiten und Uebereilungen zu begehen, ist nie die Sache Roms gewesen, das hat man da stets anderen überlassen und aus deren Fehler dann seine Vortheile gezogen. Die päpstliche Diplomatie ist aller weltlichen, sogar der des „größten Mannes des Jahrhunderts“ immer weit überlegen gewesen. Man möge nur bedenken: wenn der Pabst eine feierliche Ansprache erläßt, in welcher er eine Lehre verdammt, so kann er dabei nicht die bequeme Manier moderner „Staatsmänner“ befolgen, indem er mit einem Satz voll aus dem Zusammenhang gerissener Zeitungs-ausschnitte austritt, Sozialdemokratie, Anarchismus, streifende Arbeiter, Hydra der Revolution, Spießbürger-Angst, Mordattentate, Wahnsinniger, Philister-Dummheit und ähnliche Bestandtheile durcheinander quirlt und das Gebräue mit unenblicher Selbstgefälligkeit einer Interessentenvertretung vorsetzt, die es unbefehens hinunterwürgt. Er muß der Form und dem Gebrauche nach die einzelnen Lehrsätze der Lehre, die er verdammen will, scharf aussprechen, sie von anderen ähnlichen absondern, die ganze Richtung umschreiben und umgrenzen. Er muß sagen: Wer das und das, mit ganz bestimmter Angabe Bezeichnet, lehrt oder glaubt, der sei verdammt!

So verfahren alle Verdamnungs-Bullen. Man mag über das, was sie verdammen, denken wie man will, Zweifel darüber, was eigentlich gemeint ist, können nie bestehen. Der Pabst weiß stets, wovon er spricht und was er spricht; das muß anerkannt werden.

Nun glauben wir gerne, daß der Pabst dem Wunsche eines Gegners, der vor ihm nach jahrelangem Kampf so bedingungslos die Waffen streckte, der ihn durch diesen Sieg, den er ihm bereitet hatte, ungemein hob, auch wohl den Wunsch in Bezug auf die Sozialdemokratie gerne erfüllt hätte — wenn es ohne Schaden für den Pabst möglich wäre. Er hat sicher, wie es für ihn notwendig war, um gegen die Sozialdemokratie aufzutreten, angeordnet, daß die Lehren derselben von verständigen und sehr klugen Männern, über die das Papstthum reichlich verfügt, studirt, untersucht, gewogen und gesichtet werden, daß man ihm über dieselben ganz erschöpfend und scharf berichte. Er hat sich dann mit den höchsten Würdeträgern der Kirche beratend hingesezt und das Vorgebrachte erwogen. Dann hat er wohl das Käppchen auf dem scharfen Kopfe zur Seite geschoben und gesagt: „Ecco, ecco!“ ich dachte selbst es ginge, aber es geht nicht. Wir würden uns selbst verdammen, wenn wir die Sozialdemokratie verdammen!

Der Pabst schwieg und schweigt, so oft er auch angegangen ist, in dieser Sache zu reden.

Die evangelische Klerisei und ihr Anhang hat natürlich solche Rücksichten nicht zu nehmen und kann sie nicht nehmen. Nach oben hin vollkommen abhängig von den Launen der Machthaber, die ihr den Brodloib ganz beliebig füllen oder leeren können, durch Stand und Familienbeziehungen, durch Frau und Kinder an den heutigen Staat, seine Pfründen, Stipendien, Pensionen, Sinecuren, Stifte und Legate gebunden, dem eigentlichen „niederen Volk“ feindlich und vornehm gegenüberstehend, sich nur auf die „Gesellschaft“ stützend, dieser als Machtmittel dienend, hat die evangelische Klerisei nur die Interessen dieser „Gesellschaft“ zu vertreten. Muderei, wenn die „Spitze der Gesellschaft“ es will, freisinnig, wenn diese Spitze es erlaubt, aber immer bedacht, sich mit der zahlungsfähigen Moral gut zu stellen, das ist das Wesen des evangelischen Klerus. Die Stöcker verschwinden und tauchen wieder auf, wie der Wind von der „Spitze“ weht.

Da ist denn kein Wunder, wenn diese Klerisei auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie in der Weise führt, wie ihre Herren und Gebieter ihn geführt haben wollen. Doch kommen auch diesen Kreisen Bedenken der Art, wie sie dem denkenden Pabst gekommen sind und hierfür giebt eine Versammlung evangelischer Muderei einen Beleg, die am 3. Mai zu Eisenach abgehalten wurde.

Weniger vorsichtig und weise als der Pabst, (wenn wir uns erlauben dürfen so Ungleiches zu vergleichen), sprach da ein „Kirchenrath“ über die Sozialdemokratie und stellte unter dem Beifall seiner Muderegenossen folgende Lehrsätze auf, die „einstimmig“ angenommen wurden. Sie lauten in der unferen „Frommen im Lande“ eigenen

apokalyptischen (der Offenbarung Johannis — Apokalypse genannt — entnommenen) Redeweise folgendermaßen:

I.

„Die Sozialdemokratie gehdrt nach ihrem Wesen zu dem für die „letzte Zeit“ geweissagten „Antichristenthum“, (d. h. zum Teufel.). Denn:

- a) sie erstrebt und erreicht es, die gesammte Klasse der Arbeiter im engeren Sinne und überhaupt die Besitzlosen zu entchristlichen und entmenslichen.
- b) das, was sie negativ als Kritik und positiv als Forderung ausstellt, ist fast durchweg dem Christenthum entnommen und scheint demnach, oberflächlich angesehen, als berechtigt;
- c) bei näherer Betrachtung aber ist zu erkennen, daß daraus der christliche Geist (?) völlig ausgetrieben und statt dessen der entgegengesetzte, ein Geist der Selbstsucht, des Hasses und der Revolution (Bum! Bum!) untergeschoben ist.

II.

Der Ursprung der Sozialdemokratie erklärt sich:

- a) theilweis schon aus dem äußeren Umschwung der Arbeitsverhältnisse im Laufe des Jahrhunderts (sehr wahr!);
- b) theilweis auch dadurch, daß die französische Revolution geistig und geistlich (?) den Boden bereitet hat (Ganz gewiß, die Befreiung des Bürger- und Bauernstandes machte erst die Sozialdemokratie möglich. D. R.);
- c) vornehmlich aber daraus, daß ein außer- und unterchristlicher Geist in die Auffassung des Arbeitsverhältnisses gedrungen ist, (den die Sozialdemokratie eben wieder austreiben will. D. R.) und einen bloß naturgesetzmäßig sich regelnden „Kampf ums Dasein“ veranlaßt hat, bei welchem die stärkeren Elemente die schwächeren unterdrücken, so wie diese die stärkeren als Feinde betrachten. (Was aus dem vorher gesagten wohl als nothwendig hervorgehen möchte, denn der Unterdrückte ist heutzutage des Bedrückers, so lange der Unterdrückte nicht ganz „verhundert“ ist. D. R.)

Der III. Lehrsatz sagt nun, daß Kirche, Staat, Arbeitgeber, Gesellschaft und Wissenschaft den berechtigten Klagen gegenüber taub gewesen sind, bis die Arbeiter „mit Haut und Haar“ dem Teufel, der Sozialdemokratie, verfallen sind.

Der IV. Lehrsatz ruft die „christliche Liebe“ an, dieser „Krankheit“ helfend und heilend entgegenzutreten, den unchristlichen Geist zu überwinden. Predigt und Seelsorge (der Pfaff) mit „erbarmendem Herzen, Auge, Hand, Mund“ sollen dies bewirken.

Der Mann, der diese Lehrsätze aufstellte, setzt also dem Wortlaut der christlichen Lehren den sogenannten „christlichen Geist“ entgegen, der ja bekanntlich in Herrn Stöcker, dem Prediger und Seelsorger, seine Verkörperung findet.

Nur zu häufig tritt diese Predigt und diese Seelsorge auf. Haß im Herzen gegen andere Denkende, das Auge in unheiligermorne rollend, die Hand zur drohenden Faust geballt und den lästerlichen Fluch im Munde, wenn sich aber selbst vom echt christlichen Geiste beseelet, ja nimmt das „wahre Christenthum“ als seine ausschließliche Domäne in Anspruch.

Wenn man nun noch im Allgemeinen die in dem zweiten Lehrsatz aufgestellten Gründe für das Entstehen, Anwachsen und Fortschreiten der Sozialdemokratie betrachtet, und findet, daß sie im innersten Kern durchaus richtig sind, daß die veränderte Wirtschaftsweise, das Eintreten der Großindustrie, die rücksichtslose Ausbeutung der Schwachen durch die Starken wirklich der Untergrund des wirtschaftlichen Kampfes sind, den die Sozialdemokratie für die Schwachen führt, wenn man auch als richtig zugeben muß, daß diese Zustände nur eintreten konnten, nachdem das „Bürgerthum“ sich durch die Revolutionen am Ende des vorigen und am Anfange dieses Jahrhunderts seine mächtige Stellung erworben hatte, so muß man sich fragen, an wen wird sich nun die „Seelsorge und die Predigt“, d. h. Herr Stöcker und seine Gehilfen, die inneren Missionare wenden? Die sind ohne Zweifel im vierten Lehrsatz gemeint.

Im Sinne des Aufstellers der Lehrsätze kann man doch sagen, sie können sich mit Fug und Recht nur an die Starken wenden. Wenn das „starke Element“ die Schwachen unterdrückt, so muß derjenige, der helfen will, sich an den Starken wenden und ihn zu bewegen suchen, von der Bedrückung zu lassen. Ist dies erreicht, dann findet sich alles andere von selbst. Es wäre doch geradezu lächerliche Thorheit, wenn ein Stärkerer einen Schwächeren niedergeworfen hat und ihn mißhandelt, — nur um Frieden zu stiften, dem Schwächeren zu predigen, er solle nur schön stille halten, sein Beiniger werde entweder müde werden oder der Tod werde den Geschlagenen erlösen. Die Predigt und die Seelsorge werden sich also zu den Starken begeben und ihnen mit den drohenden Donnerworten der Propheten des alten Bundes, oder wenn diese nicht zur Verfügung stehen, wenigstens mit dem ehrlichen Eifer des Kapuziners in Wallensteins Lager in die Seele reden. Sie werden bei den Festen der Reichen erscheinen und auf die Noth der Armen hinweisen, sie werden auf den Generalversammlungen der Aktionäre dastehen und lehren, daß die Dividenden den Arbeitern gehören, sie werden den Schnapszöllnern und den Kornsteuereinfüßern die Hölle vormalen, sie werden der gepugten Dame die verwachten Augen, die verhungerten Wangen der Näherin, die ihren Puz gemacht hat, schildern, sie werden — — — hinausgeworfen werden!! Das wissen sie auch ganz gut. Sie werden sich also sehr hüten. Sie werden die alte Entfugungslitanei den Armen lehren, das ist bequemer, gefahrloser und einträglicher, sie werden mit den Reichen schmausen und den Armen Fasten verordnen. Der Arme wird ihnen aber schwerlich glauben, daß das der rechte „christliche Geist“ sei.

Die protestantischen Muderei werden dann zur Einsicht kommen, daß hier, was die Sozialdemokratie anbetrifft,

das Schweigen des Pabstes ganz helles leuchtendes Gold ist, daß ihr Neben in Eisenach aber durchaus kein Silber, sondern ganz werthloses Blech gewesen ist. Der Geist der Stöckerei und Muderei raubt dem „Antichrist“, der † † † Sozialdemokratie sicher keine einzige Seele, selbst nicht, wenn die „letzten Tage“, das Hereinbrechen des Weltunterganges, in allernächste Aussicht gestellt ist. Die Herren glauben ja selbst nicht daran, sonst würden sie nach Geld, Macht und äußeren Ehren nicht so erpicht jagen. Wir glauben, die alte Welt hält noch einige Zeit, und wenn die Muderei auch noch so Zeter rufen, die Befreiung der Schwachen wird sich doch vollziehen noch in dieser alten, sündigen Welt, an die wir uns mit Liebe zu unsern unterdrückten Mitmenschen halten wollen.

Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung.

VI.

y. Immer weiter eilt die kapitalistische Epoche vorwärts; je weiter sie schreitet, um so mehr Schöplinge entwickeln sich unter ihren Tritten, und wenn sie ins Grab gesunken, blüht und grünt bereits eine neue Epoche.

Betrachten wir den Weg, den die Bourgeoisie, ob sie will oder nicht, vermöge der ihrer Epoche zu Grunde liegenden Produktivkräfte wandeln muß, der aber zugleich mit mathematischer Gewißheit zu ihrem Untergange führt! Die bereits geschilderte Produktionsanarchie der Gesellschaft zwingt jeden Kapitalisten, die Maschinerie zu verbessern und zu vervollkommen, um in Folge des billigeren Produktionsprozesses in der Lage zu sein, billigere Waare zu liefern und so seinen Gegner aus dem Felde zu schlagen. Tödten oder getödtet werden, ist die Parole der kapitalistischen Produktion. Die immer weiter sich entwickelnde Umwälzung auf dem Gebiete der Technik hat eine Verminderung der beschäftigten Arbeiter zur Folge, und so erzeugt der naturgemäße Fortschritt der kapitalistischen Klasse den wirtschaftlichen Rückschritt der arbeitenden Klasse. Es entsteht eine sogenannte Reservearmee, welche, aus dem Produktionsprozeß durch die vervollkommnete Maschine ausgestoßen, nun auch auf die Löhne der noch im Dienste des Kapitals ihre Arbeitskraft verwerthenden Proletarier drückt. Fortschritt der Bergesellschaftung der Arbeit, Anschwellen der Beschäftigungslosen, Sinken des Lohnes der beschäftigten Arbeiter, das ist das Bild, welches durch den Fortschritt der Bourgeoisie erzeugt wird.

Je mehr der einzelne Arbeiter zu wirtschaftlicher Schwäche herabsinkt, um so enger werden die Fesseln, mit welchen er an den Felsen des Kapitals geschmiedet ist; alle Schranken, welche das jugendliche Kapital seiner Ausbeutungssucht noch gesetzt, werden von der Höhe der Situation stehenden Bourgeoisie durchbrochen; die Arbeitszeit wird verlängert, die Frauen, ja selbst die Kinder werden ihrem Heim entrissen und der Fabrikorganisation als Produkte schaffende Kräfte einverleibt. Die Arbeiterklasse der kapitalistischen Epoche könnte als Motto für ihre Lebensbedingungen den oft genannten Vers nehmen, welchen Dante an den Anfang seiner Hölle schildert: Der du hier eintrittst, laß alle Hoffnung fahren! Aber damit nicht genug! Nicht nur durch die Entwicklung der im Besitze der Bourgeoisie befindlichen Produktionsinstrumente wird zugleich mit dem Reichtum eine erschreckliche Fülle von Degenerierung und Elend in der Proletariermasse produziert; die Produktionsanarchie in der Gesellschaft wirkt auch auf die Waarenproduktion als solche und macht sie zu einem zweiten wirksamen Hebel für die Erzeugung von Unglück, Arbeitslosigkeit und Hunger.

Es liegt in dem Wesen der Maschinerie, daß sie, einer je größeren Vervollkommnung sie unterliegt, eine um so größere Produktivmenge zu Tage fördert. Die Waarenvorräthe schnellen mit jeder verbesserten Maschine in die Höhe. Der einzelne Kapitalist muß die Maschine, durch die freie Konkurrenz gezwungen, möglichst ausnützen, um den Preis seiner Waare auf ein niedrigeres Niveau zu bringen, als sein Nachbar; dieser thut dasselbe, und so sammeln sich ungeheure Waarenvorräthe an, welche den Konsum weit übersteigen, den nationalen und Weltmarkt überschwemmen und mit weiterer Verbesserung der Maschine immer mehr anwachsen, bis die Kollision zwischen Produktion und Konsumtion sich in drastischer Weise vollzieht. Die Krisis, welche von 1825 bis 1878 sich sechs Mal vollzogen und seit 1878 chronisch geworden ist, zeigt in trauriger Handgreiflichkeit den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung; sie ist der Zeiger, welcher an der Produktionsuhr die Zeit anzeigt, in welcher, wie Engels sagt, die Produktionsweise gegen die Austauschweise, die Produktionskräfte gegen die Produktionsweise rebelliren.

Von mancher Seite ist darauf hingewiesen worden, daß diese Ueberfülle an Produkten und die sich daraus ergebende Stodung ihren Grund habe in der Unterkonsumtion der Massen. Letztere kann keineswegs geleugnet werden; aber sie steht in keinem Zusammenhang mit der Ursache, welcher die Krisis ihre Existenz verdankt. Denn angenommen, die Konsumfähigkeit der Massen steige auf das Zehnfache, die Produktion würde in Folge der freien Konkurrenz und der Vervollkommnung der Maschinen bald auf den Standpunkt kommen, auf welchem sie wiederum die Konsumfähigkeit der Massen überflügelt. Die Krisis hängt einzig und allein mit dem der ganzen kapitalistischen Gesellschaft zu Grunde liegenden Widerspruch zusammen und sie wird endgültig nur mit der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft beseitigt werden.

So viel unangenehme Folgen die Krisis für die Kapitalistenklasse auch hat, ihre rauhe Seite zeigt sie doch dem Arbeiter. In Folge der Störung von Handel und Wandel müssen viele Fabriken schließen, Tausende von Arbeitern werden auf's Pflaster geworfen, die Kapitalien konzentrieren sich immer mehr, die großen Etablissements vergrößern sich und saugen die kleinen auf, welche die Krisis nicht überleben konnten; durch die Erweiterung der Fabriken werden die Produktionsinstrumente auf eine früher nie geahnte Weise vervollkommen, an Arbeitskräften wird gespart, und so wird die industrielle Reservearmee immer mehr nach jeder Krisis verstärkt und der Lohn der beschäftigten Arbeiter durch ihre eigenen Klassengenossen heruntergedrückt.

Aber die Medaille hat auch ihre Rehrseite! Je weiter der Zerlegungsprozeß der modernen Gesellschaft vorschreitet, um so mehr werden die Kräfte freigemacht, denen die welthistorische Aufgabe zufällt, die Gesellschaft umzuformen. Je größer und umfangreicher die Produktionsmittel werden, um so mehr wird die Arbeitermenge konzentriert. Konzentration verleiht Selbstbewußtsein und Macht. Je weiter die Organisation in der Fabrik vorschreitet, um so mehr wächst das Eigentum des Einen über seinen Kopf und seine Macht hinaus und drängt nach Anerkennung seiner gesellschaftlichen Eigenschaften.

Auf diesem Wege schreitet die Entwicklung in der Gegenwart vorwärts. Kein Gesetz, kein Staatsmann kann diese Entwicklung aufhalten; sie setzt sich durch mit der Blindheit eines Naturgesetzes. Endlich gelangt sie an einen Punkt, wo sie unvereinbar ist mit der Existenzfähigkeit der Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung erringt den Sieg, verwandelt die großen, über die Privatleitung des Einzelnen hinausgewachsenen Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum, hebt sich als proletarische Klasse auf und beseitigt damit alle Klassenunterschiede und Klassengegenstände.

Die weltgeschichtliche That der materialistischen Geschichtsauffassung liegt darin, daß sie die Bedingungen aufzudecken bemüht ist, welche der Emanzipation der Arbeiterklasse zu Grunde liegen.

Die gewerblichen Schiedsgerichte in der Schweiz.

r. Seit einiger Zeit ist in verschiedenen schweizerischen Arbeitervereinigungen, namentlich im Grütliverein, eine Bewegung im Gange zu Gunsten der Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte. Diese Forderung steht in ganz natürlichem Zusammenhange mit der fortschreitenden Entwicklung der Arbeiterbewegung und mit der Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter. Sie fühlen sich befähigt, bei der Schlichtung von Streitigkeiten mit dem Unternehmer aktiv theilzunehmen, und da sie im alltäglichen Verkehr mit demselben seinen Charakter, seine Schliche kennen lernen, so sind sie der Ueberzeugung, daß sie die besten Richter sind. Es wird dabei auch darauf hingewiesen, daß die Arbeiter keineswegs für sich ein spezielles, günstiges Ausnahmegesetz verlangen, indem ja auch die Kaufleute und alles, was damit zusammenhängt, ihr Handelsgericht haben, vor dem alle Streitigkeiten, die sich auf ihr Gewerbe beziehen, geschlichtet werden. Und doch ist es noch Niemandem eingefallen, aus dieser speziellen Behörde ein Privilegium für die Handelswelt ableiten zu wollen.

Für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern werden gegenwärtig (mit Ausnahme von zwei Kantonen) die Friedensrichterämter und die Bezirksgerichtspräsidenten in Anspruch genommen. Der Friedensrichter entscheidet alle nicht durch Spezialgesetze einer anderen Instanz zugewiesene Zivilstreitigkeiten, deren Betrag 50 Franks nicht übersteigt. Er ist befugt und auf Verlangen einer Partei verpflichtet, zur Beweisabnahme und Urtheilsfällung zwei Beisitzer aus den Geschworenen des Wahlkreises zuzuziehen, welchem seine Gemeinde angehört. Hierbei steht den Parteien ein Ablehnungsrecht zu.

Was den Kostenpunkt anlangt, so kommt eine vom Friedensrichteramt erledigte Klage im Kanton Zürich im Durchschnitt auf 2,80 Franks, vor dem Bezirksgerichtspräsidenten auf 15,90 Franks und vor den französischen Proud'hommes auf 18 Cents (15 Fig.) zu stehen.

Die Proud'hommes — Schiedsgerichte —, die bis jetzt auf schweizerischem Boden nur in den Kantonen Genf und Neuenburg Eingang gefunden, stammen aus Frankreich, wo sie durch Gesetz vom 18. März 1806 eingeführt wurden. Die Fabrikanten von Lyon waren es, welche diese Gerichtsinstanz verlangten und auch erhielten. Seitdem ist dieses Gesetz in Frankreich 15 Mal revidirt worden und hat eine solche Ausdehnung erhalten, daß heute in jeder französischen Stadt, wo etwas Industrie oder Handel vorhanden ist, ein gewerbliches Schiedsgericht besteht. Frankreich verfügt also in dieser Richtung über praktische Erfahrungen und ein riesiges Aktienmaterial von 82 Jahren.

Die Organisation dieser Schiedsgerichte, wie sie nach französischem Muster in den erwähnten zwei Kantonen eingeführt, ist eine einfache und eben darum populäre, so daß sie bei allen Theilnehmern Sympathie gefunden und für die übrige Schweiz als Vorbild dienen wird. Von den Kanzleien werden in erster Linie unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern zwei Listen angefertigt, in welche die Namen der angehörigen Berechtigten beider Theile Aufnahme finden. Diese Listen werden sodann dem Departement des Innern zugestellt, welches eine Generalliste anfertigt und sie im Amtsblatte veröffentlicht. Die Direktion des genannten Departements bestimmt sodann den Wahlvorstand, den Wahltag und das Wahllokal.

Unternehmer und Arbeiter bilden für sich je einen besonderen Wahlkörper, für jede Gruppe werden in den Städten 12 Unternehmer und 12 Arbeiter, auf dem Lande 6 Unternehmer und 6 Arbeiter gewählt. Spätestens 8 Tage nach erfolgter Wahl versammeln sich die Richter zur Bestellung der einzelnen Schiedsgerichte. Wird ein Unternehmer zum Präsidenten gewählt, so muß der Vizepräsident ein Arbeiter sein und umgekehrt.

Wenn die Zahl der Schiedsrichter für eine Gruppe oder für einen Bezirk sich um ein Viertel vermindert hat, sei es durch Tod, durch Entfernung oder durch Verlust des Aktivbürgerrechts, so ist den Stadt- und Bezirksräthen davon Kenntniß zu geben. Wahlfähig und wählbar sind die Unternehmer, Arbeiter und schweizerischen Angestellten, welche im Kanton wohnen und im Besitze ihres Aktivbürgerrechts sind.

Das Amt eines Schiedsrichters können nicht bekleiden:
a) Arbeiter und Unternehmer, welche ihren Beruf aufgegeben haben oder denselben schon länger als ein Jahr nicht mehr ausüben;
b) Unternehmer und Arbeiter, welche ihren Beruf aufgegeben haben oder in Konkurs gefallen sind.

Das Schiedsgericht hat drei Instanzen:

- das Sühnamt;
- das eigentliche Schiedsgericht;
- die Appellationskammer.

Das Sühnamt besteht aus einem Arbeitgeber und einem Arbeiter, welche von Verhandlung zu Verhandlung abwechselnd den Vorsitz führen. Ueber das Sühnverfahren wird ein Protokoll aufgenommen, welches der Vorsitzende und die beiden Parteien zu unterzeichnen haben. Ein vor dem Sühnamt abgeschlossener Vergleich ist vollziehbar, wie ein Urtheil. Die Verhandlungen des Sühnamtes sind nicht öffentlich. Streitigkeiten, die vom Sühnamte nicht ausgeglichen werden können, gehen an das Schiedsgericht.

Dasselbe besteht aus einem Präsidenten, drei Unternehmern und drei Arbeitern. Die Verhandlungen werden abwechselnd vom Präsidenten und Vizepräsidenten geleitet.

Wenn die Parteien verschiedenen Gruppen angehören, so wird der Beklagte von dem Schiedsgericht beurtheilt, welches seiner Gruppe angehört. Die Parteien haben persönlich zu erscheinen. Nur im Fall von Krankheit, Abwesenheit oder Unfähigkeit kann sich eine Partei durch Berufsgegenossen vertreten lassen. Eine Stellvertretung durch Advokaten ist ausgeschlossen. Eine schriftliche Beweiseingabe ist nicht gestattet. Sind Erhebungen zu machen, so steht es den Parteien frei, Zeugen vernehmen zu lassen. Wenn ein amtlich zitiertes Zeuge ohne genügenden Grund wegbleibt, so kann er mit einer Buße bis auf 30 Franks belegt werden.

Müssen Sachverständige vernommen werden, so bezeichnet das Gericht die Punkte, über welche dieselben ihr Gutachten abzugeben haben. Kommt es in Berufsarten zum Streit, die ausschließlich von Frauen betrieben werden, so können auch weibliche Experten zugezogen werden.

Schiedsrichter, Zeugen, Experten können abgelehnt werden, wenn einer der gesetzlich festgestellten Abweisungsgründe zutrifft. Die Verhandlungen sind öffentlich und die Urtheile werden in öffentlicher Sitzung gefällt. Scheint ein Urtheil mangelhaft gefällt zu sein, so kann es innerhalb drei Tagen nach der Ausfällung angefochten werden. Dieselben Richter haben die Anfechtung zu erledigen. Die Kosten der Anfechtung hat der Anfechter zu tragen.

Jedes Urtheil wird acht Tage nach seiner Ausfällung rechtskräftig, wenn innerhalb dieser Zeit nicht Anfechtung oder Appellation erfolgt. Das Schiedsgericht beurtheilt in letzter Instanz alle Streitfälle, welche 500 Franks nicht übersteigen. Wenn ein Streitwerth den Betrag von 500 Franks übersteigt, so kann innerhalb acht Tagen nach Ausfällung des Urtheils an den Appellationshof appellirt werden.

Die Appellationskammer besteht aus einem Präsidenten, sechs Unternehmern und sechs Arbeitern. Von den Richtern der Appellationskammer kann keiner einem Streitfall betheiligen, wenn er schon in einer früheren Instanz oder bei gütlichen Verhandlungen mitgewirkt hat. Die Sitzungen finden Abends in Lokalen statt, die vom Staate angewiesen werden. Ein Richter bezieht für eine Sitzung 3, ein Sekretär 2 Franks. Versäumt er eine Sitzung ohne Grund, so verfällt er in eine Buße von 30 Franks. Die Rechtsprechung ist unentgeltlich. Die Urtheile werden auf stempelfreiem Papier ausgefertigt. Für Ausfertigung und Versendung von Urtheilen werden mäßige Gebühren berechnet, die durch ein Reglement festzustellen sind. Jedes Schiedsgericht wählt aus seiner Mitte eine Kommission, welche über die Ausführung der Lehrverträge, über die sanitären Verhältnisse der Werkstätten zu wachen hat. Mangelhafte Befunde werden einer größeren Kommission einberichtet, die zur Hälfte aus Unternehmern, und zur Hälfte aus Arbeitern zusammengesetzt ist und deren Mitglieder von der Direktion des Innern aus den verschiedenen Gruppen gewählt werden. Diese Kommission wird von einem Mitglied des Regierungsrathes geleitet. Sie versammeln sich von Zeit zu Zeit zur Besprechung gewerblicher und industrieller Fragen.

Eingetheilt sind sämtliche Unternehmer und Arbeiter in 10 Gruppen. Nach dem Bericht von 1884 gehörten denselben 11 020 Angehörige beider Theile an. Die Gruppen der Handelsbesessenen mit 2825, der Nahrungsmittel mit 1321 und der Uhrmacher mit 1277 sind die stärksten. Die fast mit der geringsten Mitgliederzahl (591) vertretene Gruppe „Hochbau“ hatte die meisten Streitigkeiten, nämlich 23 pCt. oder 140 Klagen, nach ihr kommt die Gruppe „Wohnungsausstattung“ mit

1022 Angehörigen und 94 Klagen oder 9 pCt. Die stärksten Gruppen der Handelsbesessenen und Uhrmacher hatten 95 und 13 Klagen oder 3 pCt. und 1 pCt. Insgesamt waren im genannten Berichtsjahre 658 Klagen eingegangen, wovon 251 an's Schiedsgericht gelangten. 18 wurden zurückgezogen und bloß 233 Fälle beurtheilt.

Für diese Gerichte budgetirte der Staat Genf — denn mit den Genfer Schiedsgerichten haben wir es zu thun — 12 000 Franks, aber im Berichtsjahre 1884 wurden bloß 10 000 Franks verbraucht.

Gewählt werden diese Genfer Schiedsgerichte für eine Amtsdauer von 2—3 Jahren. Ihre Stellung ist durch die Verfassung geordnet.

Im Volke hat sich diese Institution als eine nothwendige und berechtigte Einrichtung eingelebt und man setzt in ihre Wirksamkeit das größte Vertrauen. Namentlich bei den Arbeitern erfreut sich dieselbe der lebhaftesten Sympathien. Es ist dadurch sozusagen bei ihnen das Gefühl geweckt worden, daß sie einem Ganzen angehören und daß sie ihre eigenen Interessen um so besser wahrnehmen können, wenn ihnen eine solche Organisation zur Seite steht. In der That führt sie zu besseren Resultaten, als die leider immer noch in den meisten anderen Ländern bestehende ausschließliche gelehrte Gerichtsbarkeit für gewerbliche Streitigkeiten. Das rechtstündige Element soll nicht mehr das allein herrschende sein; das berufliche soll ebenso sehr berücksichtigt werden. Man verlangt nach Richtern, die das technische Detail kennen, mit der speziellen Natur des Streitgegenstandes vollkommen vertraut sind.

Je tiefer der Richter in das soziale Leben hinabsteigen muß, desto leichter wird derselbe die Quelle entdecken, aus welcher die Streit hervorgehen. Desto leichter wird es ihm werden, die Mittel herauszufinden, durch welche der Streit ausgehört werden kann. Die Arbeiterschaft verlangt nach einem schnellen, wohlfeilen und sicheren Prozeßverfahren. Es soll losgelöst sein von dem Formalismus und der im Schwange gehenden Jurisprudenz. Es soll in der Hand der Arbeiterschaft ein Volksbildungsmittel werden, wie es beim Schweizer Volke die Initiative und das Referendum schon geworden sind.

Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

Durch einige Zeitungen ging kürzlich eine Notiz aus Krimmischau, in welcher erzählt wurde, daß die dortigen Fabrikanten in betreff des Unfallversicherungs-gesetzes Unterschriften von den Arbeitern verlangen, und wird dabei behauptet, die Arbeiter sollen mit ihrer Unterschrift bekunden, daß sie keine Entschädigung geltend machen, wenn sie von den Maschinen beschädigt werden. Zwei Arbeiter wären entlassen, weil sie die Unterschriften verweigert hätten. Da muß wieder ein bedauerlicher Uebergriff zu Grunde liegen. Nach § 99 des Unfallversicherungsgesetzes würden solche Abmachungen und Unterschriften vollkommen ungültig sein, es handelt sich wahrscheinlich nur um eine weit unschuldiger Förmlichkeit, wahrscheinlich nur um die Anerkennung, daß dem Arbeiter die Bestimmungen der „Unfallverhütungsvorschriften“ bekannt sind. Diese Unterschriften sollen nur den Unternehmer decken, haben aber auf die Entschädigung eines vorkommenden Unfalles gar keinen Einfluß. — Daß solche „Mißverständnisse“ aber vorkommen und zur Entlassung von Arbeitern führen können, ist äußerst kennzeichnend für den heutigen Verkehr zwischen Unternehmer und Arbeiter. Der Fabrikant legt dem Arbeiter irgend einen Wisch vor und sagt: „Hier unterschreib!“ Er hält es weit unter seiner Würde, den Arbeiter über die Tragweite einer solchen Unterschrift aufzuklären. Weigert sich der Arbeiter, so wird er ohne Weiteres hinausgeworfen. Daß der Arbeiter sich aber weigert, etwas zu unterschreiben, was der Fabrikant ihm vorlegen läßt, ist bei der tausendfachen bösen Erfahrung, die er gemacht hat, sehr erklärlich. Er ist durch Schaden klug geworden und weiß, was er zu befürchten hat. — Eine Belehrung der Arbeiter über das Unfallversicherungsgesetz wäre dringend nothwendig, aber wer soll sie geben? Den Rednern, welche das Zeug dazu haben, dem Arbeiter in einer ihm verständlichen Art solche Sachen vorzutragen, und welchen er auch (und das ist die Hauptsache) Glauben und Vertrauen schenkt, die dürfen selbst über die gleichgültigsten Sachen nicht vor Arbeitern sprechen, denn es sind — sozialistische Agitatoren, und da ist bekanntlich die „Annahme stets gerechtfertigt“, daß sie so aus Versehen oder angeborener Bosheit in einem Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz den alten Staat und die etwas morsche Gesellschaft umstoßen, das muß aber verhütet werden.

Ein wichtiges Erkenntniß für Fachvereine hat das Reichsgericht gefällt, und zwar aus Anlaß der Berufung, welche der Kieler Staatsanwalt gegen die Freisprechung des Kieler Tischlersachvereins eingelegt hatte. Nach dem Reichsgericht konnte der Vorstand dieses Vereins, der allerdings selber als „politischer Verein“ anzusehen sei, trotzdem mit anderen Vereinen „in Verbindung treten“, weil die anderen Vereine keine politischen gewesen seien. In der Begründung heißt es:

In materieller Beziehung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn § 8b der Preussischen Verordnung vom 11. März 1860 (Gesetzsammlung Seite 277) denjenigen Vereinen, „welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“, verbietet, sich „mit anderen Vereinen gleicher Art“ zu gemeinsamen Zwecken zu verbinden, dieses Verbot und der Ausdruck „gleicher Art“ sich nur auf solche anderen Vereine bezieht, welche gleichfalls die Tendenz verfolgen, „politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“. Da nun der Instanzrichter thatsächlich nicht für erwiesen erachtet, daß diejenigen anderen

Vereine, mit welchen der von den Angeklagten vertretene Verein sich in Verbindung gesetzt hat, irgendwie bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, erscheint die Nichtanwendung des § 86 a. a. O. frei von Rechtsirrtum.

Auch von der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Sattler ist uns jetzt der Jahresbericht zugegangen, dem wir das Folgende entnehmen: Was die Leistungen der Kasse anbetrifft, so sind dieselben außerordentlich günstig, sie zählt den 40- resp. 39fachen Betrag des Wochenbeitrags an Krankenunterstützung, und wird dieselbe wohl von keiner andern Kasse übertroffen. — Die Ausgaben betragen pro Kopf und Jahr (1887) 12,30 M., hiervon für sämtliche Verwaltungskosten 1,92 M. 84 pCt. aller Ausgaben sind für die eigentlichen Zwecke der Kasse, Krankenunterstützung, verausgabt, ein Verhältnis, welches von wenigen Kassen erreicht werden dürfte. — Von den Einnahmen sind 13³/₄ pCt. für Verwaltungskosten verausgabt, darunter nicht ganz 5 pCt. (4,9) für Beamtengehälter. Bei der Ortskasse der Sattler in Berlin betrug nach einer vorliegenden Abrechnung für 1883 das Gehalt des Rendanten allein 12 pCt. aller Einnahmen (dürfte in den letzten Jahren bedeutend mehr ausmachen. D. R.). Die beiden Generalversammlungen, welche mit ihren Nebenausgaben an 1000 Mark kosteten, haben außerdem gerade diesmal die Verwaltungskosten ziemlich hoch gemacht, sonst läge die Sache noch günstiger. — Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals: in Berlin 968, Dresden 314, Hamburg 199, Leipzig 180, Rassel 72, Barmen 55, Elberfeld 49, Straßburg 42, Stettin 39, München 39, Karlsruhe 36, Chemnitz 28, Bremen 26, Zeitz 22, Deuz 20, Essen 14, Magdeburg 14, Eisleben 8, Stuttgart 45, Görlitz 23, Hannover 22, Hauptkasse 110. — In dem Bericht heißt es dann wörtlich, und wir möchten, daß alle Sattler diese Stelle beachten:

„Darnach hat sich die Mitgliederzahl, welche am Schluß des Vorjahres 1769 betrug, um 794, das sind 45 pCt. vermehrt, sie ist auf 2563 gestiegen. Davon entfallen auf das erste Quartal keine, hier hat sogar eine geringe Abnahme stattgefunden. Im zweiten war eine Zunahme von 210, im dritten 255 und im vierten von 335. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres 1887 war 2136. Die außerordentlich starke Zunahme der letzten 3 Quartale ist wohl der jetzigen günstigen Geschäftslage einerseits, sowie der fortschreitenden außerordentlich günstigen Vermögenslage andererseits zuzuschreiben. Während zum Beispiel die Zahl der Mitglieder im Jahre 1886 von 1524 auf 1769, also um 245 gestiegen ist, und sogar im 1. Quartal 1887, wie oben angeführt, eine geringe Abnahme zu verzeichnen war, haben bis gegen Ende März d. S. bereits über 400 Neuaufnahmen stattgefunden, sodas, wenn wir auch die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen abrechnen, in diesem einen Vierteljahr weit mehr hinzugekommen sind, als früher in einem ganzen Jahr. Waren bei der Gründung 11 örtliche Verwaltungsstellen vorhanden, so beträgt die Zahl derselben jetzt 21 und steht zu erwarten, daß diese städtische Zahl in nächster Zeit sich um weitere vermehrt. Zu hoffen wäre nun freilich, daß, wenn einmal die Militärarbeit vorüber, hier kein Rückschlag eintritt, sondern daß diejenigen unserer Mitglieder, welche dann hinauswandern in die Provinzen, neue Mitglieder werben und neue Verwaltungsstellen gründen, sodas unsere Kasse in allen Orten, wo eine größere Zahl Kollegen arbeiten, vertreten ist.“

Die Gewerkschaft der englischen Zimmerer und Tischler (Amalgamated Society of Carpenters and Joiners) hat soeben ihren, nahezu 400 Seiten umfassenden 28. Jahresbericht verschickt. Dieser gewerkschaftliche Verband hat jetzt 450 Zweige und eine Mitgliederzahl von 25 497. Leider hat die riesige Arbeitslosigkeit dem Verband schier unerträgliche Opfer auferlegt. Obwohl das Einkommen über 67 819 Pfund Sterling, also über 1¹/₂ Millionen Mark betrug, kam sie doch der Gesamtausgabe von 74 539 Pfund noch nicht gleich. 656 298 Mark verschlang die Arbeitslosenunterstützung! In einem Jahre über eine halbe Million Mark! Der Gewerkschaftssekretär empfiehlt als bestes Mittel gegen diese furchtbare Herrschaft aller geordneten Arbeitsverhältnisse: Durchführung des achtstündigen Arbeitstages, Abschaffung aller Ueberzeit und auch der Akkordarbeit, wo letzteres angeht.

Gegen das unvernünftige Ueberzeitarbeiten wendet sich auch der Jahresbericht der englischen Eisengießer (Ironfounders' Society). Bei 11 713 Mitgliedern dieser Gewerkschaft waren nicht weniger als 13 Prozent arbeitslos. Maschinen und technische Fortschritte würden fortwährend Menschen außer Beschäftigung; aber eine Milderung würde doch immer noch eintreten, wenn nicht soviel Ueberzeit gearbeitet würde.

Ueber den Zustuß von billigen Bauhandwerkern von auswärts beschwerten sich auch die Maurer und Zimmerer der großen Städte der Vereinigten Staaten. So klagen die Bauhandwerker von New-York und Umgebung darüber, daß jedes Frühjahr Hunderte von Arbeitern sogar aus England und Schottland nach Amerika kommen, während der Bauzeit viel Geld verdienen und dann im Herbst wieder in ihre Heimath fahren, wo sie billig und bequem bis zum nächsten Frühjahr leben, um dann dasselbe Spiel zu wiederholen. Die Fahrt im Zwischenbeck hin und zurück koste ihnen nur ungefähr 45 Dollars (180 Mark). Während ihres Aufenthalts in Amerika wohnen sie in billigen Kofshäusern, geben sonst keinen Cent unnütz aus und wissen stets Arbeit zu bekommen, während die einheimischen Bauhandwerker oft müßig bleiben müssen und trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung bekommen können. Dies sei ein Uebelstand, dem durchaus abgeholfen werden müsse. Besonders die Mitglieder des United Order of American Carpenters and Joiners, des „Vereinigten Ordens der Zimmerer und Schreiner“, beklagen sich bitter über die Konkurrenz dieser Wander-Arbeiter aus England. Die Mitglieder der Union erhalten einen Arbeitslohn von 3,50 Dollar täglich; arbeiten sie über die gewöhnlichen Arbeitsstunden hinaus, dann erhalten sie dafür noch eine besondere Bezahlung. Es ist demnach den Engländern und Schotten leicht möglich, nach Abzug ihrer Reisekosten und sonstigen Ausgaben im Verlauf von etwa 25 Wochen ungefähr 300 Dollars zu sparen, welche sie dann außer Land schleppen, um sie daheim zu verzehren. — Man sieht auch hier, wie hübsch international das Kapital ist, wenn es dabei zu verdienen giebt, und wie notwendig daher ein Zusammenhalten der Arbeiter aller Länder ist, um nicht durch gegenseitiges Unterbieten alle geordneten Lohnverhältnisse zu zerrütten.

Vereine und Versammlungen.

Den Maurern Berlins war für den 3. d. M. die polizeiliche Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung erteilt worden. Daß die Maurer trotz der langen unfreiwilligen Pause das alte Interesse an der Sache nicht verloren haben, bewies der Besuch der Versammlung. Das königstädtische Kasino, wofür die Versammlung abgehalten wurde, erwies sich als viel zu klein, um alle erschienenen Interessenten aufzunehmen, trotzdem Tische und Stühle, um Raum zu schaffen, aus dem Saale entfernt wurden. Die Tagesordnung lautete: „Der gegenwärtige Lohnabzug und wie verhalten sich die Berliner Maurer dazu?“ Der Vortragende Herr Bankow ermahnte, die größte Ruhe aufrecht zu erhalten, um der Behörde keinerlei Anlaß zum Einschreiten zu geben. Das Referat hielt Herr Bock. Er sowohl wie die Herren Salowski, Scheel, Bankow schilderten die schlimme Lage der Berliner Maurer. Eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission zur Abfassung einer Lohnstatistik wurde eingesetzt. Gewählt wurden die Herren Voegel (Osten), Bock (Süden), Franke (Westen), Scheel (Norden), Raschke (Noabit). Hiermit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt und es folgte der zweite Punkt: „Gewerkschaftliches.“ Der erste Redner zu diesem Punkt war Herr Scheel. Derselbe konstatierte, daß seit der Zeit, wo es den Maurern nicht mehr gestattet war, öffentlich aufzutreten, es im Gewerbe wesentlich schlechter geworden sei. Arge Mißstände hätten wieder Platz gegriffen, doch die Arbeiter müßten zu Allem schweigen; wer es wage, Mißstände zu rügen, der fliege auf die Straße, denn Arbeitskräfte seien im Uebermaß vorhanden. Pflicht der Maurer sei es, darnach zu trachten, daß die Mißstände abge schafft werden, daß dieselben der Öffentlichkeit übergeben werden und daß wieder eine frumme Organisation unter den Maurern Platz greife, um auf gesetzlichem Wege ihre Interessen zu wahren. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im königstädtischen Kasino tagende öffentliche Versammlung der Maurer Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, verpflichtet sich, mit allen Kräften und gesetzlichen Mitteln den Stundenlohn von 50 Pf. hochzuhalten und erhofft von der Behörde ein geneigtes Entgegenkommen.“ Die Genehmigung zu neuen Versammlungen wird demnächst nachgefragt werden. Mit dreifachem Hoch auf die Maurerbewegung gingen die Versammelten auseinander.

Streitträger Berlins und Umgebung. Seit dem 21. April befinden sich die Maurerarbeitenleute Kiels, unsere Kameraden, in Streik. Dieser ist ein gerechtfertigter und ist die Lage der streikenden, ca. 130 Mann, eine günstige. Soll der Streik nun zum vollständigen Siege unserer Kameraden ausgetragen werden, so müssen wir sie mit pekuniären Mitteln unterstützen. Wir richten nun den Appell an sämtliche Bauarbeiter Berlins und der Umgebung, auf den hierzu anschließenden Sammelbogen fleißig zu zeichnen, um so das allbenähtete Solidaritätsgefühl zu beweisen und den Maurerarbeitenleuten Kiels zum Siege zu verhelfen. Sammelbogen hierzu giebt aus und freiwillige Beiträge nimmt entgegen: Albert Kroll, Ruheplatzstr. 14, 3 Trep.

— Große Versammlung der Zimmerleute sämtlicher Lokalverbände Berlins. Sonntag, den 13. Mai 1888, Vormittags 10 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: 1. Kenntnismahme der Anträge zu dem am 20., 21. und 22. Mai 1888 in Hannover stattfindenden sechsten Handwerkskongress (des Verbandes deutscher Zimmerleute). 2. Endgültige Beschlüßfassung über die Auflösung der Kontroll- und Unterstützungs-Kommission. 3. Verschiedenes. Alle Mitglieder sind hierzu eingeladen.

— Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Sonnabend, den 12. Mai cr., Abends 8¹/₂ Uhr, Versammlung im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Vohn über „Die Balkanhalbinsel geschichtlich und geographisch.“ 2. Antrag des Vorstands, das Reisegeheft betreffend. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen.

— Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin II. Stodbrande. Mitglieder-Versammlung 15. Mai, Abends 8 Uhr in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Diskussion über gewerkschaftliche Fragen und Lohnstatistik. 3. Verschiedenes. Die Fachzeitung gelangt zur Ausgabe.

Sprechsaal.

Herr Friß Kunert sendet uns ein längeres Schreiben zur Erwidrung auf unsere Rede in Wohlhaupt's Salon und deren auszugswiese Wiedergabe in unserem Blatte. Wir glauben, daß jetzt beiden Theilen am besten gebietet ist, wenn die Diskussionen über die Stadtverordnetenfrage aufhören, die ja auch durch die Beschlüsse der Majorität einseitigen gegenstandslos geworden sind. Folgende, die persönlichen Anschauungen des Herrn Kunert betreffende Stelle wollen wir aber gern wiedergeben. Herr K. schreibt uns:

„Sie sagen in Ihrem Bericht: „Wenn Herr Kunert, der unseres Grachtens die agitatorische Bedeutung der Thätigkeit auf kommunalem Gebiete ganz bedenklich überschätzt, doch offen am Dienstag eingestand, daß die Stellung zu einzelnen kommunalen Fragen etc. eine ganz haltlose gewesen sei und in Zukunft gründlich geändert werden müsse — so ist das ein Erfolg der Diskussion, wie er binnen weniger Wochen kaum schöner und größer erzielt werden konnte.“ Mit ernster Miene sagen Sie: Herr Kunert überschätzt die agitatorische Bedeutung!“ Dagegen ist nichts zu machen, ja nicht einmal der Zweifel darf sich in mir regen, (warum?), ob Sie vielleicht die agitatorische Bedeutung der Thätigkeit auf kommunalem Gebiete ganz bedenklich unterschätzen. Leider befinden Sie sich im Irrthum, wenn Sie glauben, meine Stellungnahme zu den kommunalen Angelegenheiten sei ein Erfolg der Diskussion, wie er binnen weniger Wochen u. s. w. Schon im Juni 1887 hatte ich Gelegenheit, in einem größeren Kreise befreundeter Genossen „offen“ auszusprechen, daß wir uns an den Gemeindevahlen beteiligen müßten, obwohl es ausgeschlossen sei, daß wir höhere sozialpolitische Ziele oder größere positive Resultate erreichen könnten. Die Beteiligungsfrage sei trotzdem nötig, um die besten Waffen der Sozialdemokratie: Agitation und Kritik immer von Neuem zu verwenden und durch den stetigen Gebrauch blank zu erhalten. Das, was uns an sogenannten positiven Resultaten in den Schooß fallen sollte während der Arbeit, das hätten wir nur als etwas Beiläufiges, als angenehme Zugabe zu betrachten. Kurz: „Zustandnisse weitestlicher Art“ konnten von mir in diesen Fragen durchaus nicht gemacht werden, da ich auf meinem Standpunkt auch nicht einen Moment gewankt habe. — Hocherfreulich, wenn auch im Grunde selbstverständlich, ist es, wenn Sie versichern: „Wir treten also nochmals dafür ein — und alle unsere Freunde stimmen uns auf jeden Fall darin zu: nach Kräften zur Durchführung der Dienstagsbeschlüsse beizutragen.“ Hoffen wir also alle auf eine rührige Wahlarbeit und ein glänzendes Wahlergebnis. Hochachtung Friß Kunert.“

Literarisches.

Der Dieß'sche Verlag in Stuttgart versendet wiederum eine Reihe für alle Arbeiter höchst beachtenswerthe Veröffentlichungen. In erster Linie ist natürlich die Schrift von Friedrich Engels, dem Nestor des deutschen Sozialismus, über Feuerbach zu nennen (Preis 1 Mark). Besonderer Empfehlung bedürfen die Schriften von Engels nicht, die sich in gleicher Weise durch unerschöpfliche, tiefe Bildung wie glänzende Schreibweise auszeichnen. — Von der

„Internationalen Bibliothek“ geht uns soeben der 6. Band zu, enthaltend: Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Von August Bebel. Dem Buche ist das Portrait Fourier's und die Abbildung eines Bilanz-Gebäudes beigegeben. (Preis gebunden 2,50 M.) — Die II. Serie wird mit einem reich illustrierten größeren Werke über die französische Revolutionszeit von 1789—1801 eröffnet werden, dem sich Arbeiten über Thomas Münzer und seine Zeit, Robert Owen, Saint-Simon und den Saint-Simonismus, sowie eine illustrierte Erdgeschichte anschließen. Hierüber wird, wie wir vernehmen, demnächst ein Prospekt zur Veröffentlichung gelangen. — Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das fünfte Heft des 6. Jahrgangs erschienen. Inhalt: Abhandlungen: Ulrich von Hutten. (Fortsetzung.) Von Max Vogler. — Ueber die österreichische Gewerbe-Inspektion während ihres dreijährigen Wirkens von 1884 bis 1886. (Schluß.) Von Rudolf Wolf. — Die Legende von Viktor Hugo. II. Von Paul Lafargue. — Der Kampf um die höhere Bildung in Rußland. Von G. Lübeck. — Notizen: Die öffentlichen Volksschulen in Preußen. — Bevölkerungsdichte, Temperatur und Sterblichkeit. — Die Ehelosigkeit. — Die Zahl der Fremden in Frankreich. — Die Zahl der in London registrierten Aktiengesellschaften. — Sonnenlicht durch elektrisches Licht. — Die Kusternzucht in Frankreich. — Ein Welt-Sabbath.

Haus und Hof in ihrer Entwicklung mit Bezug auf die Wohnsitten der Völker. Mit vielen Illustrationen. Herausgegeben von Friedrich von Dellwald. In 18 Heften à 50 Pf. 14.—18. (Schluß-) Lieferung. — Das interessante Werk hat mit der 18. Lieferung seinen Abschluß gefunden, und ist ein stattlicher Band mit fast 600 Seiten Text, geworden. Ueber 200 Textillustrationen und Grundrisse nebst einer Anzahl Holzschnitte zieren es.

Vollbibliothek des gesamten menschlichen Wissens, herausgegeben von Wily. Viehnecht. Kommissionsverlag von H. Schnabel in Dresden (Bartholomäustr. 3). Erscheint in Wochenheften zu 10 Pfennig. — Die soeben zur Ausgabe gelangten Hefte 37 und 38 enthalten: Neueste Geschichte, fortgesetzt von Bruno Geiser (Fortsetzung). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporture.

Briefkasten.

Berliner Volkszeitung. Auch wir sind des nutzlosen Streitens durchaus überdrüssig und bemerken nur, daß wir weiter nichts gethan haben, als uns gegen persönliche Angriffe zur Wehre zu setzen. Darum verwahren wir uns auch hier nochmals dagegen, daß wir in der „Volksblatt“ und der „Volkszeitungs“-Notiz uns irgendwie widersprochen hätten. Die Sache liegt einfach so: Bei den vorjährigen allgemeinen Wahlen haben wir mit der eigentlichen Entscheidung nichts zu schaffen gehabt. Als sie gefallen war — für Wahlenthaltung — haben wir lediglich den Protestaufmarsch abgefaßt und den daran sich anschließenden Streit ausgefochten. Wenn wir damals eine Einigkeit auf der Basis der Wahlenthaltung zu schaffen suchten, so wissen wir uns damit im vollsten Einverständnis mit — den Reichstagsabgeordneten, die seinerzeit offen erklärten, es wäre richtiger gewesen, es bei der Wahlenthaltung zu lassen und die nur bedauernde, daß durch Ungeschicklichkeiten aller Art die Befolgung dieser Parole der anderen Seite erschwert worden sei. — Durch die Ungültigkeitserklärung des Splettstör'schen Mandats stand die Frage dieses Frühjahr von neuem zur Entscheidung — und hier traten wir dafür ein, es wegen ganz belangloser Gegenstände nicht wieder zum Konflikt kommen zu lassen, sondern — trotz aller Einwände gegen die bisherige kommunale Thätigkeit — an der Wahl theilzunehmen. Um eine endlose Fortsetzung des Konfliktes zu verhüten, haben wir nach der Sansoncierversammlung auch an maßgebender Stelle von weiteren Mandatsüberlegungen abgerathen. Nachdem nun aber einmal in Sansonci eine Verständigung auf der Basis der Wahlenthaltung erzielt war, glaubten wir — wiederum im Interesse der Einigkeit unserer Partei — einem Bruch dieser Einigkeit auch von der anderen Seite wehren zu sollen. — Das ist hoffentlich unser letztes Wort in der Sache. Wir überlassen es nunmehr ruhig den Berliner Arbeitern, zu beurtheilen, wer bei der ganzen Angelegenheit der verständliche Theil gewesen ist, und ob wir recht hatten, an die „Volkszeitung“ zu schreiben: wir seien „bei der letzten kommunalwahlbewegung bis zu der Sansoncierversammlung“ für Wahlbetheiligung eingetreten. Reklame machen nur die Leute für uns, die uns fortgesetzt Dinge nachreden, die wir alsdann mit Leichtigkeit als Hirngepinnste oder beabsichtigte Verleumdungen nachweisen.

Friß Görlitz. Weiterer Streit hat natürlich keinen Sinn, da Zeugen nicht vorhanden sind. Die Hauptsache ist ja erreicht, indem Sie zugestehen, Sie hätten im November vorigen Jahres „für diesmal von der Wahlbetheiligung absehen“ wollen. — Betreffs der Versammlungsauslösung haben Sie ein schlechtes Gedächtnis. Vorgelesen schrieben Sie im „Volksblatt“: „Ich weiß nicht, wie Herr S. zu dieser Behauptung kommt.“ Vor acht Tagen schrieben Sie an uns: „Ich weiß sehr wohl, daß ich über die Möglichkeit einer Auflösung sprach“, aber . . . und nun folgen Darlegungen, daß wir Sie ganz mißverstanden hätten. Das klingt schon ganz anders, und war, wie gesagt, vor 8 Tagen. Wie mag es erst vor einem halben Jahre geklungen haben? — Auf diese Vermuthung werden auch die Leser des „Volksblattes“ durch Ihre Schlussbemerkung gekommen sein. Dieselbe macht uns Vorwürfe, daß wir „solche Anerbietungen akzeptiren“. Ja, da muß doch etwas — angeboten worden sein! — Die Sache ist für uns nun aber erledigt.

Verschiedene Einsender im Volksblatt. Weiter oben werden Sie sehen, daß auch die Reichstagsabgeordneten im vorigen Jahre für Beachtung der einmal ausgedehnten Parole der Wahlenthaltung waren — um des Friedens willen. Daß man von Ihnen Ähnliches erwartete, heißt also weiter nichts, als daß man Ihnen Verhältnlichkeit und Sinn für die Interessen der Partei zutraute. Sie bestritten das ganz entriest. Nun, um so schlimmer für Sie! Auch das ist aber nun abgemacht.

Abonnent. Trades Unions: Ihr. Treibds.-Juni-ens heißt wörtlich: Industrie-Vereinigungen, d. h. also: Koalition gewerblicher Arbeiter.

Schuhmacher. Die Sache verhält sich so: Der deutsche Schuhmacherkongress im Jahre 1883 in Gotha beschloß einen Schiedsrichter einzusetzen, zu welchem Kollege Bock ernannt wurde, welcher bei ausbrechenden Differenzen mit Heranziehung der Arbeiter zunächst den Weg der gütlichen Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu beschreiten hat, um erst dann, wenn dieser Versuch fruchtlos ausfällt, je nach Umständen die Arbeitseinstellung als berechtigt zu erklären oder davon abzurathen.

F. W. 10. Das ist wie beim Rollere'schen Sganarelle: „er ist todt, und wir beneiden ihn; wenn er noch lebte, würden wir uns zanken.“

Görlingen. Erhalten. Leider haben wir für württembergische Marken schwer Verwendung.

Vierßen. Nur, nun, lieber Freund, immer den Kopf hoch halten! Es werden auch wieder bessere Zeiten kommen.

Verschiedene Einsendungen für diese Nummer zu spät erhalten.

Der bekannte Grünauer Prozeß, die Folge der Landpartie nach Grünau, in welcher die Behörde eine Kaffeefeier sah, findet am 18. d. M. in Noabit, Landgericht 2, Sitzungssaal 102 Vormittags 10 Uhr statt. Angeklagt sind 13 Personen.